

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 45. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2010

Überfüllte Schweiz!



Ueli Brasser,
Gemeinderat,
SD-Zentralprä-
sident, Zürich

Es wird eng in der Schweiz. Unser kleines Land zählt heute mit 7,8 Millionen Menschen eine halbe Million mehr Einwohner als noch vor zehn Jahren. Die Zunahme ist prozentual stärker als überall sonst in Europa. 500 Menschen leben durchschnittlich pro bebaubarem Quadratkilometer – die Schweiz ist eines der am dichtest bevölkerten Länder der Welt!

Kurz vor dem diesjährigen 1. August hat die SVP eine Broschüre mit dem Titel «Welche Ausländerpolitik wollen Sie?» an alle rund 3,9 Millionen Haushalte in der ganzen Schweiz versandt. Darin

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

wird über die Wanderungsbilanz 1997 bis 2008 informiert, über die massive Zuwanderung seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit, über die Masseneinbürgerungen in den letzten Jahren, über die erschreckende Steigerung der Ausländerkriminalität, über die Multikulti-Probleme an den Schulen und dass in der Schweiz nicht bloss 21,7 Prozent Ausländer, sondern, zählt man die Illega-

len und Asylbewerber dazu, 27,2 Prozent Ausländer leben. Für die Publikation dieser und anderer Zahlen, Fakten und Missstände im Ausländerbereich, bin ich der SVP durchaus dankbar.

Die legitimste Frage stellt die SVP – wohl auch um den wachstumsgläubigen, neoliberalen Parteiflügel nicht zu verärgern – jedoch nicht: Wie viele Menschen erträgt die Schweiz?

Die SVP hat jahrzehntelang die Ideologie des schrankenlosen Wirtschaftswachstums vertreten. Ausser uns Schweizer Demokraten hat niemand diese Wachstumsgläubigkeit in den vergangenen Jahren ernsthaft hinterfragt! Mehr Einwohner = mehr Arbeitskräfte = mehr Wohlstand = sichere AHV! So lautete die Gleichung, die nicht nur Bürgerliche, sondern auch Linke, wie ein Naturgesetz akzeptierten und mit welcher sämtliche Anti-Überfremdungsiniciativen mit Erfolg bekämpft wurden.

Was die ungebremste Massenzuwanderung, verursacht durch den unbändigen Wachstumsglauben der letzten Jahrzehnte, hierzulande angerichtet hat, zeigen folgende Problemkreise eindrücklich auf:

1. Strasse und Bahn

Dass die Schweiz immer dichter bevölkert ist, spürt man überall – auch im Verkehr. Beispiel Stassenverkehr: 1975 waren in der Schweiz 2,12 Millionen **Motorfahrzeuge registriert**. 1990 waren es 3,37 Millionen und **2007 bereits 5,2 Millionen**. Die Zahl ausländischer Autofahrer, die den Führerausweis ihres Heimatlandes gegen einen Schweizer Ausweis tauschten, stieg seit 1999 je nach Kanton, zwischen 50 und 350 Prozent. Beispiel Bahnverkehr: SBB-CEO Andreas Meyer rechnet damit, **dass das Passagieraufkommen zwischen Bern und Zürich bis 2030 «um bis zu 90 Prozent» zuneh-**




men wird. Der SBB-Fahrplan stösst bereits jetzt an Kapazitätsgrenzen – beinahe sämtliche Züge sind schon heute übervoll.

2. Wohnungsnot

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat am Stichtag, dem 1. Juni 2008, rund 37 000 leere Wohnungen gezählt – 8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Das heisst, nur **0.97 Prozent aller Wohnungen standen leer**. Damit sank die Leerwohnungsziffer seit 2005 erstmals wieder unter 1 Prozent. Dieser Trend hält bis heute unvermindert an.

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13–14

 **BE + BS**
26. 9. 2010:
Nein zum Ausländerstimmrecht!

Inhalt

- 3 Wehrpflicht als alter Zopf?
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Europa – auf dem Weg zurück ins Mittelalter
- 7 Die Linke als Schild des Liberalismus!
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 10 Ein zweiter SVP-Bundesrat?
- 11 Gender-Mainstreaming
- 15 1.-August-Feier in Näfels/GL

Überfüllte Schweiz!

Fortsetzung von Seite 1

Die regionale Betrachtung zeigt, dass 2008 alle Grossregionen rückläufige Leerwohnungsziffern aufweisen, wobei die Grossregion Zürich den stärksten Rückgang vermeldete – von 0,80 auf 0,61 Prozent. In den Agglomerationen der **fünf grössten Städte** sank laut dem BFS die Leerwohnungsziffer innert zehn Jahren von 1,06 auf 0,59 Prozent.

3. Freizeit

Es wird eng, auch auf dem Wasser. An den Ufern des Zürichsees stehen rund 9100 Bootsanlegeplätze zur Verfügung. Inzwischen gibt es aber allein im Kanton Zürich **11 500 registrierte Boote**. Schwierig die Situation auch an Land: Stefan Zweifel, Dozent am Institut Umwelt und Natürliche Ressourcen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, warnt bereits ganz konkret vor der **Übernutzung von Landschaften** im Grossraum Zürich durch Freizeitsportler und Ausflügler. Übernutzt werden aber auch Freizeitanlagen: Als vor mehr als einem Jahr in Bern das Einkaufszentrum «Westside» eröffnet wurde, strömten **70 000 Besucher** hin – das Vierfache dessen, was die Betreiber erwartet hatten.

4. Zersiedelung

Obwalden sorgte für Schlagzeilen, weil dort **ausserhalb der Bauzonen Bauparzellen für Reiche** reserviert werden sollten. Erst die Obwaldner Stimmbürger machten diesem Ansinnen an der Urne einen Strich durch die Rechnung! Täglich wird in der Schweiz **die Fläche von 5,5 Fussballfeldern** verbaut. Seit 1999 sind gemäss Bundesamt für Statistik so 11 000 Hektaren fruchtbares Land «verbe-

toniert» worden. Mit einer Revision des Raumplanungsgesetzes versucht der Bund, wenn auch nur halbherzig, hier Gegensteuer zu geben. Zudem sind Initiativen hängig, die der Zersiedelung der Landschaft Einhalt bieten wollen. Wir von den SD haben die Volksbegehren von Franz Weber im Sammelstadium unterstützt; die SVP lehnte diese im Parlament geschlossen ab!

5. Strom

Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz ist im vergangenen Jahr um 2,3 Prozent auf **58,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh)** angestiegen – und erreicht damit einen neuen Rekord. Das Bundesamt für Energie (BFE) begründet den höheren Konsum mit dem Wirtschaftswachstum, der kälteren Witterung, dem Kalender (Schaltjahr) sowie dem Anstieg der ständigen Wohnbevölkerung um 91 800 Personen. Der Stromverbrauch lag in den letzten Jahren bei gut 7500 kWh pro Kopf. 2008 kletterte der **durchschnittliche Konsum auf 7700 kWh**. Und er dürfte weiter ansteigen, werden doch immer mehr fossile Energieträger durch Strom ersetzt.

Nicht nur SVP-Kreise wünschen sich rentable Ausländer und da gibt es für gewisse Kreise keine Limite nach oben. Geld regiert eben die Welt! Wir von den SD sind der Meinung, **dass ein jeder zusätzlicher Einwanderer unsere Lebensgrundlagen belastet und deshalb ein Einwanderungsstopp längst fällig ist!**

Oberstes Ziel muss doch sein, die Lebensqualität der hiesigen Bevölkerung zu sichern und zu optimieren. Dies geschieht nicht durch Wachstum um jeden Preis. Dies sollten sich alle, auch die SVP-Verantwortlichen, hinter die Ohren schreiben und sich des verdrängten Problems endlich annehmen!

Buchhinweis**Buchbesprechung «Konfrontation»**

Im Verlag der «NZZ» ist soeben das neueste Buch von Prof. Dr. Bernhard von Arx **«Konfrontation – die Wahrheit über die Bourbaki-Legende»** erschienen. Wer den Übertritt der Bourbaki-Armee von 1871 lediglich vom Panoramabild in Luzern kennt, weiss nichts über den Rahmen dieses Ereignisses. Er erhält ein sehr einseitiges Geschichtsbild. Vor allem ahnt er nicht, dass damals innenpolitisch vieles im Argen lag. Dass schliesslich aus der Internierung der Bourbaki-Armee eine schweizerische Erfolgsgeschichte wurde, verdanken wir primär dem damaligen Oberbefehlshaber der Armee, General Hans Herzog. Die politischen Behörden, repräsentiert vor allem durch den verantwortlichen Departementschef Bundesrat Emil Welti, spielten gleichzeitig eine negative Rolle.

B. von Arx zeichnet anhand der heute verfügbaren protokollarischen Unterlagen exakt nach, – dass die eigene Armee schwergewichtig als Kostenfaktor verstanden wurde; – dass die finanziellen Sorgen wesentlich bedeutsamer eingestuft wurden, als das Sicherheitsbedürfnis des eigenen Volkes; – dass höchste, politische Amtsträger ein mieses Spiel trieben, um den eigenen Interessen und denjenigen ihrer Freunde zu dienen; – dass das Schweizervolk mit wohl-tönenden Floskeln eingelullt wurde, während man nicht daran dachte, die Versprechungen zu halten.

Die Parallelen zur heutigen Situation sind unübersehbar!

Es gibt nichts Neues unter der Sonne! Wenn der em. Prof. Hans



Giger kürzlich einen Aufsatz unter dem Titel «Erstklassbeeridigung der Rechtsstaatlichkeit» veröffentlichte und dabei auf zahlreiche Vorfälle hinwies, bei denen die rechtsstaatlichen Grundsätze dem wirtschaftlichen und politischen Opportunismus geopfert wurden (Fall Swissair, Polansky-Scharade, Wallfahrt von Frau Leuthard nach Brüssel und Paris, UBS-Debakel mit Staatsvertrag mit den USA usw.), so sind das Alarmzeichen erster Ordnung.

Wenn Volksentscheide zögerlich oder gar nicht umgesetzt werden, wie in den Fällen der Drogenpolitik oder des Minarett-Verbotes, wird die Rolle der obersten politischen Behörde zu Recht hinterfragt. Wenn schweizerische Volksvertreter im Strassburger Europarat gegen den eigenen Souverän stimmen, muss jedem echten Demokraten der Kragen platzen. Wenn die Armee laufend verkleinert, die diesbezüglich vorhandene Infrastruktur dezimiert, ja zerschlagen wird, so ist die Verteidigungsfähigkeit des Landes auch von dieser Seite her in Frage gestellt.

Ein modernes Buch?!

Bernhard von Arx versteht es, die nackten geschichtlichen Tatsachen mit Leben zu erfüllen. Die Einflechtung von Einzelschicksalen in den Ablauf der Geschichte und die einfache, klare und kraftvolle Sprache machen das Lesen von «Konfrontation» zum Genuss. Das Buch ist unter der ISBN-Nummer 987-3-03823-618-4 im Buchhandel erhältlich und kann unserer Leserschaft sehr empfohlen werden.

V.J. Oehen, e. Nationalrat

Anzeige

Das Testament**Die letztwillige Verfügung**

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11

schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Kanton Thurgau****Ausverkäufer des Landes werden belohnt!**

Für die Verteilung der Anzahl Sitze im Grossen Rat soll inskünftig die Zahl der Wohnbevölkerung verbindlich sein. Bisher galt die Zahl der Stimmberechtigten. Die Schweizer Demokraten bedauern diesen Entscheid des Thurgauer Parlamentes, denn die Einwanderungslobby und die «Ausverkäufer unserer Heimat» werden so belohnt, ja regelrecht angespornt. Zudem ist dieser Entscheid ein erster Schritt Richtung Ausländer-

stimmrecht. Wir hoffen, dass dieser Fehlentscheid nicht weiter Schule machen wird, denn jene verantwortungsbewussten Gemeinden, die versuchen, mit Grund und Boden haushälterisch umzugehen und unseren Kindern unser Land einigermaßen zu erhalten, werden «demokratisch» benachteiligt. Das ist nicht korrekt und wohl kaum sinnvoll!

SD Thurgau, Kantonale Partei- und Geschäftsleitung

Hans Rudolf Metz ist tot

Hans Rudolf Metz von Wigoltingen ist seiner schweren Krankheit in Kreuzlingen erlegen. Metz wurde im Mai 2007 in Weinfelden in die kantonale Parteileitung der SD Thurgau gewählt und ein Jahr später in die Geschäftsleitung. Als Kantonspolizist und verantwortlich für Ausschaffungen im Flughafen Kloten war er mit all den Sachfragen eines teils mangelhaften Asyl-Verfahrens bestens vertraut und Ansprechpartner in vielen Belangen. Parteileitung und Parteibasis entbieten der Gattin und den Angehörigen ihre tiefempfundene Anteilnahme. SD Thurgau

Wehrpflicht als alter Zopf?

Ist SP-Nationalrätin Evi Allemann weltfremd oder eine verkappte Landesverräterin?

In der Kolumne in der «Berner Zeitung» vom 21. Juli 2010 führte sie aus (Zitat): «Die beschleunigte Globalisierung, der fortschreitende Klimawandel mit all seinen Auswirkungen, zerfallenden Staaten oder eine sich weltweit ausbreitende organisierte Kriminalität – all das sind teilweise oder veränderte Gefahrenpotenziale für welche es andere Lösungsstrategien brauche.» – Nach wie vor rekrutiere die Schweiz ein in dieser überrissenen Form sinnloses und unfinanzierbares Massenheer.

Dies schrieb sie angesichts der Tatsache, dass die Armee in den letzten 20 Jahren in Eilschritten abgebaut, verkleinert – und eine illusionäre Sicherheit propagiert wurde.

Kühn ihre Behauptung (Zitat): **«Wer daran interessiert ist, dass die Armee effizient funktioniert, muss bereit sein, den alten Zopf der Wehrpflicht abzuschneiden.»**

Angesichts der allgemein schlechten Erfahrungen mit Freiwilligen-Armeen, der Tatsache, dass die inneren Bindungen in unserem Staatsvolk als Folge der Überfremdung (forcierte Einwanderung) sehr gelockert wurden, kann diese illusionäre Forderung nur erstaunen. Wie von wenig Tausenden (evtl. Zehntausenden) dienstpflichtigen Freiwilligen die innere und äussere Sicherheit in Zukunft gewährleistet werden könnte, ist schleierhaft. Die Aufgaben der Armee, die Wahrung von Freiheit, Sicherheit und Ordnung im Innern, die Gewährleistung der politisch-militärischen Unabhängigkeit, die Sicherung von rechtlicher Stabilität und damit Wohlstand, sind Aufgaben, für die unsere derzeitigen Aufwendungen keineswegs überrissen sind. Eine Freiwilligen-Armee, deren Angehörige gut bezahlt sein wollen, die de facto also Söldner sind, ist keineswegs billig, wie das Frau Allemann unbedarft daher schwadroniert.

An der Armee wird «geschrübelt»

Noch am 2. Oktober 1973 – wir hatten damals noch eine gut organisierte, funktionstüchtige Armee von mindestens 400 000 Männern und Frauen – überwies der Nationalrat das Postulat Thalmann, nach welchem ein «freiwilliger» Sozialdienst für junge Frauen eingeführt werden sollte. Dieses Postulat war die Fortsetzung der Po-

stulate Schürmann, Tschopp und Tanner aus dem Jahre 1971, welche ebenfalls den Einbezug der Frauen in das System der Gesamtverteidigung unserer gesellschaftlichen Interessen forderten. Der Bundesrat stand diesen Forderungen ausgesprochen positiv gegenüber, da offensichtlicher Bedarf nach den Leistungen der Frauen bestand (und noch heute besteht!). Mehr noch, die von Frau Allemann angeführten Entwicklungen schreien geradezu nach einem Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Zeichen an der Wand

Evi Allemann ist zwar eine sehr junge Frau – gemessen an ihrer Stellung in der Politik (Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates!), aber alt genug, um von den kriegserischen Auseinandersetzungen Kenntnis zu haben, die in den letzten 20 Jahren vor unserer Haustüre stattgefunden haben. Zu erinnern ist

- an die völkerrechtswidrigen Balkankriege mit all den bekannten Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung;
- die willkürlich vom Zaune gerissenen Kriege im Irak und in Afghanistan mit den fürchterlichen Leiden der betroffenen Völker, verschuldet durch die US-Aggressoren und ihren Vasallen;
- die verbrecherischen Kriege der Israelis – mit Rückendeckung durch die USA – gegen die Palästinenser im Libanon und im Gaza-Streifen.

Alle diese Kriege beweisen, dass nur zahlenmässig starke Armeen zur Verteidigung der legitimen Interessen der angegriffenen Völker, vor allem gegenüber militärtechnisch hoch überlegenen Aggressoren, Aussicht auf Erfolg bieten.

Und zudem, die derzeitigen Entwicklungen lassen keinen allzu grossen Optimismus in Bezug auf die Sicherung des Friedens zu. Der bekannte Amerikaner Robert Shapiro, der unter Präsident Bill Clinton Berater des Weissen Hauses war, weist darauf hin, dass der derzeitige Präsident Barack Hussein Obama noch in diesem Jahr einen grossen Terroranschlag brauche, um seine Macht zu erhalten. Kongress und Senat stünden schon bald nur noch hinter ihm, wenn es ein Ereignis gäbe, das die Amerikaner kurzfristig wieder vereine. Obama hoffe nun auf eine Oktober-



Gebirgsinfanteriebataillon 29: Fahnenübernahme

überraschung, etwa in Form eines Terroranschlags, um seine Präsidentschaft zu retten. (Frage: Für was haben die USA über 20 verschiedene Geheimdienste?)

Wie sieht die Zukunft aus?

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt schreibt in seinem Buch «Ausser Dienst» – es erschien inzwischen (seit 2008) in 15. Auflage – u.a. folgende bemerkenswerte Erkenntnisse (Zitate):

- er mahnt die deutschen Politiker nachdrücklich zur Zurückhaltung und Vorsicht in Bezug auf die israelischen und amerikanischen Kriegspläne gegen Iran unter dem Vorwand, ihm die Herstellung von Atomwaffen zu verweigern.
- Schmidt missbilligt die globale Expansion der amerikanischen Politik und weist darauf hin, dass Amerika militärische Stützpunkte in einigen zentralasiatischen Republiken errichtet hat, die bis 1990 Teile der Sowjetunion waren.
- Nach seiner Meinung sei es wichtig, die Krankheit der Konfrontationssucht und Herrschaftsbesessenheit loszuwerden, die Krankheit die der Politik der USA eigen sei.
- Der renommierteste Zukunftsforscher der Welt, **Gerald Celente**, prognostiziert den EU-Mitgliedstaaten in seiner jüngsten Studie nach zwei Generationen Frieden nun ethnische Spannungen, Nationalismus und Kriege; und zwar schon in wenigen Mo-

naten. (Tatsächlich sind die Meldungen aus Ungarn, Rumänien, dem Kosovo, aber auch aus Frankreich, Spanien und Italien alles andere als beruhigend.)

- In Italien spitzt sich die Lage in der Regierung, resp. der herrschenden Partei unter Berlusconi so zu, dass die 46 000 Grenzgänger im Tessin bald durch eine neue zusätzliche Welle arbeitssuchender Italiener ergänzt werden könnten und unsere Regierung zu unerwarteten Massnahmen zum Schutze der einheimischen Arbeitskräfte gezwungen sein wird.

- In Griechenland stösst die vom IWF und der EU verordnete Sparmassnahme auf energischen Widerstand. Damit kann erahnt werden wie sich die Reaktionen in den übrigen südeuropäischen Ländern entwickeln, die bald in der gleichen Situation wie Griechenland sein werden.

Klar ist schon heute, dass die EU mit Brüssel als bürokratischer Zentralmacht als friedenserhaltende Institution ausgedient hat. Nicht nur benimmt sich die EU als gehorsamer Vasall der USA (via die NATO und dem gehorsamen Nachvollzug der Wallstreet Finanz- und Wirtschaftspolitik), sie treibt auch die europäische Landwirtschaft in die galoppierende Dezimierung und lässt die eigenen Völker unter dem Diktat der amerikanischen Hochfinanz-Interessen verarmen (Inflationspolitik!).

Es ist dies ein höchst gefährliches Spiel, da die politische Freiheit eines jeden Volkes von seiner Ernährungssouveränität und der Existenz einer schlagkräftigen Defensiv-Armee abhängig ist. Die Erstere haben wir bereits verloren, und nach dem Willen von Evi Allemann soll nun auch noch jegliche militärische Selbstbehauptungsmöglichkeit endgültig ruiniert werden.

- Es bleibt noch anzumerken, dass die politische Freiheit die Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen ist und dass sich Wohlstand nicht «erspekulieren» lässt, sondern das Ergebnis seriöser, disziplinierter Arbeit ist.

Das sollten eigentlich auch jugendliche PolitikerInnen merken, die gerne in den Illusionen dogmatischer Heilsbringer linker Provenienz lustwandeln!

V. J. Oehen, alt Nationalrat



Mehr Fisch essen für die Gesundheit?

In den letzten Jahren werden die Menschen von Ernährungsexperten aufgefordert, eine grössere Menge Fisch zu essen, ja sogar den aktuellen Verbrauch zu verdoppeln, oder zu verdreifachen. Das Ziel ist, den Verbrauch von Omega-3-Fettsäuren – Stoffe, die in der Lage sind, einige degenerative Krankheiten zu verhindern – zu erhöhen.

Wie Forscher aus mehreren kanadischen Universitäten hingewiesen haben, sind diese Empfehlungen aus ökologischer Sicht unpraktisch und absolut nicht-vertretbar. Sämtliche «Fischzonen» sind in der ganzen Welt durch die wilde Fischerei zerstört worden. Alle Experten sind sich einig, dass diese Situation nicht tragbar ist. Es ist daher unverantwortlich, den Menschen zu raten, mehr Fisch zu essen. Schon heute kann die Nachfrage aus den reichen Ländern, zusammen mit denen der Entwicklungsländer, wie China, nicht mehr von den weltweit bestehenden Fischzonen gedeckt werden, weil sie ständig rückgängig sind. Der ökologische Aspekt ist der primäre. Es ist nicht mehr möglich, die Menge der gefangenen Fische zu erhöhen. Deshalb kann man das derzeitige Niveau des Fischkonsums nicht mehr halten. Als ob der Ozean ein unerschöpfliches Reservoir wäre!

Auf der einen Seite haben wir eine positive Auswirkung auf die Gesundheit des Menschen und auf der anderen Seite haben wir Umweltschäden, die gut dokumentiert sind. Kanadische Forscher sagen, dass man sich in der wissenschaftlichen Gemeinschaft einig ist, dass die Fischmenge weltweit rasch abnimmt. Trotz der immer perfekteren Fangtechniken, wobei kein Fisch mehr entkommen kann, sind die Fischfänge seit den späten 80er-Jahren doch zurückgegangen. Die Fischereizonen sind seit 1950 exponentiell gewachsen, aber heute sind sie ausgeschöpft. Auch die Aquakultur ist keine Lösung. Wenn Sie meinen, das Problem der ausgebeuteten Fischereizonen mit der Aquakultur (Fischzucht) «lösen» zu können, täuschen Sie sich: die Aquakultur verschärft das Problem nur – anstatt es zu lösen. Die Autoren erklären, dass in den Industrieländern fleischfressende Fische gezüchtet werden, Fische die andere Fische essen (Lachs, Thunfisch, Wolfsbarsch), d.h. dass man andere Fische fangen muss, um sie zu füttern. Das ist eine enorme Verschwendung: man braucht nämlich 2,5 bis 5 kg Fisch um 1 kg Zuchtfisch «produzieren» zu können. Es ist klar, dass dies kontraproduktiv ist.

Aus: *Atra orizzonti*

Ein Herz für...

Salz! Salz bedeutet für mich und meine gesunde Ernährung sehr viel. Es geht nicht, ohne Salz, irgend etwas gekochtes oder gebackenes zu essen. Leider wird das Konsumieren von Salz durch diverse Mediziner, der Lebensmittelindustrie sowie des BAG (Bundesamt für Gesundheit) immer wieder schlecht gemacht durch negative Presseberichte und Darstellungen. Noch bis ins Mittelalter wurden zwischen einzelnen Völkern und Staaten Kriege um die Salzvorkommen geführt. In der Schweiz sind wir in der glücklichen Lage,



genügend und gutes Salz zu besitzen; auch wenn es kein Jod und Fluor enthält. Diese beiden Stoffe werden meistens künstlich dazugeführt (Jod ist gegen Kropfbildungen, Fluor gegen Karies).

Das Salz hat auch heute einen wichtigen Stellenwert für unsere Ernährung und Gesundheit. Quellwasser und Salz regeln unseren Säure-Basenhaushalt. Durch Essen von genügend Salz und Trinken von Wasser übersäuert unser Körper, sprich Muskeln und Gewebe, nicht. Unser Körper verdunstet vorwiegend Wasser und Salz. Ohne Ausgleich durch Salzzessen geht

unser Körper also zugrunde. Das Grundsatz in Gemüse und Kartoffeln langt längst nicht. Nicht wenige Seniorinnen und Senioren sterben heute wegen Salz- und Wassermangel (*Die SD-Red. bezweifelt diese Aussage*).

Das Gegenteil von Salz ist der Zucker. Der weisse, industrielle und raffinierte Zucker übersäuert unseren Körper total und führt zu Ablagerungen. Es werden Krankheiten durch diesen Zucker entstehen. Also besser: Wasser und Salz: Gott erhalt's!

Thomas Fischer, Uzwil

40 Jahre Aqua Viva



AQUA VIVA wurde vor 40 Jahren von Schutz-Organisationen und Parlamentariern zur Verhinderung eines schweizerischen Kanalnetzes für die Transport-Schiffahrt gegründet. Heute ist AQUA VIVA ein nationaler Dachverband von kleineren und grösseren Vereinen des See-, Ufer- und Gewässerschutzes. Mitglieder sind auch Pro Natura, Fischerei-Verbände, Kanu-Verband usw.

AQUA VIVA berät lokale und regionale Organisationen, vertritt sie bei Einsprachen und vor Gerichten, hilft bei Vernehmlassungen. Dies tut unser Verband kämpferisch und meist erfolgreich dank dem mit kompetenten Fachleuten dotierten Vorstand und einem führenden Fach-Rechtsanwalt und AQUA VIVA Sekretär in der Person von Tobias Winzeler.

Bei Schutz-Anliegen überregionaler bis nationaler Bedeutung kann AQUA VIVA vorteilhaft auf die präziseren lokalen Kenntnisse der betroffenen Mitglieder-Vereine zurückgreifen.

Betreute AQUA VIVA in jüngerer Zeit vorwiegend Fragen zum Schutz von Fauna und Flora bei Kraftwerken (Restwasser, Schwall und Sunk, Fischaufstiege usw.), so führt unser Verband gegenwärtig die Diskussion um umweltverträglichere neue Wasserstrategien, um den Umgang mit Klein-Kraftwerken und befasst sich mit den Folgen von Schifffahrt und Bootshafen-Projekten. Künftig soll die Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen – insbesondere mit dem Rheinaubund – verstärkt und die Arbeit flächendeckender werden. AQUA VIVA hat bewusst keine Website, arbeitet primär fachlich «im Stillen» und verzichtet bei Erfolgen auf Werbe-Kampagnen. Dieses im Vergleich zu grossen NGO andersgeartete Vorgehen ermöglicht AQUA VIVA einen ideell unbelasteten Auftritt, der von Verwaltungen und Richtern als Gütezeichen respektiert und geschätzt wird. Diesen Anspruch wird AQUA VIVA auch in Zukunft hochhalten.

Remo Galli, Präsident

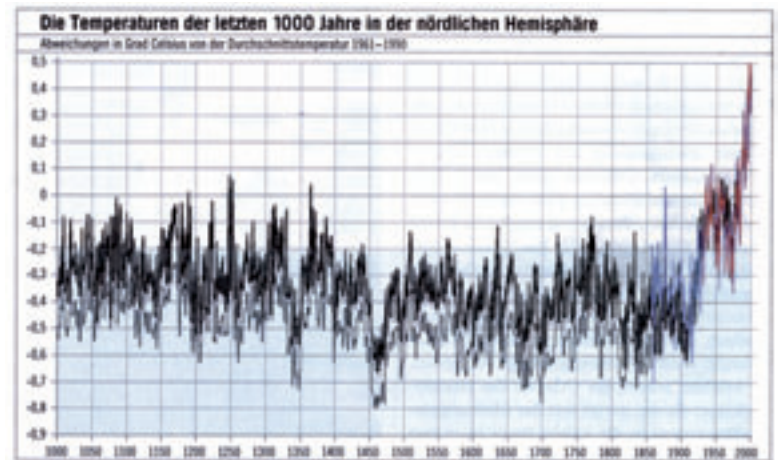
Uran wird knapp

Laut Geologen decken die bekannten Uranvorkommen theoretisch den Bedarf für weitere 150 Jahre. Trotzdem gibt es bereits heute massive Probleme bei der Förderung. Diese verteuern den Marktpreis und damit den Atomstrom. Bislang versorgte sich die Atombranche aus Restbeständen von Atombomben, die nach dem Kalten Krieg abgerüstet wurden. Nun

rechnen Fachleute mit einem **Versorgungsengpass bereits in den nächsten zehn Jahren.** Um dies zu verhindern, sollen weltweit neue Lagerstätten erschlossen werden, was gravierende Landschaftszerstörungen und Kontaminationen zur Folge hätte, berichtet die Nachrichtenagentur «Presstext».

Aus: Klartext Energie

Streit um Ursache der Erderwärmung



Umstrittene «Hockey»-Grafik über die Erderwärmung. Der wissenschaftliche Streit, ausgelöst durch fragwürdige interne E-Mails der Universität von East-Anglia geht weiter.

Tiere sind keine Geschenke!

Bei vielen Kindern kommt eines Tages der Wunsch nach einem flauschigen, vierbeinigen Spielkameraden auf. Eltern, Grosseltern oder Paten erfüllen diesen dann oft zu spontan, ohne sich genauere Gedanken über das Tiergeschenk zu machen.

natürlich tagsüber mit den verschlafenen Tieren spielen. Der ungewohnte Rhythmus bedeutet für diese aber eine grosse Belastung. Zudem flaut die Begeisterung oftmals bald ab, weil die anfänglich niedlichen Jungtiere schnell zu gross und lästig werden. Die Folge davon: Die Eltern müssen sich um das Tier kümmern oder es wird ins Tierheim abgeschoben, weiterverkauft, verkauft oder sogar ausgesetzt.

Aus der Sicht des Tierschutzes ist von Tiergeschenken grundsätzlich abzuraten. Ein Tier artgerecht zu halten, erfordert Fachkenntnisse und viel Zeit. Gerade beliebte Heimtiere wie Hamster, Meerschweinchen und Zwergkaninchen sind anspruchsvoll in der Pflege. **Vor allem Kinder sind damit schnell überfordert. Überhaupt eignen sich nur wenige dieser Tiere für Kinder,** da sie von ihnen in der Regel als Spielzeug betrachtet und entsprechend behandelt werden. Viele Nager, wie beispielsweise Goldhamster oder Chinchillas, sind nachtaktiv. Kinder wollen

Sie können die Annahme des Geschenks verweigern oder die sofortige Rücknahme durch den Schenker verlangen. Wer einem Kind ein Tier schenken möchte, sollte vorgängig dessen Eltern fragen. Um zu vermeiden, dass Tiere leiden oder ins Tierheim abgeschoben werden, verzichtet man jedoch am besten ganz auf Tiergeschenke!

Stiftung für das Tier im Recht

Offene Grenzen durch «Schengen»:

Nachteile auch für den Tierschutz!

Die offenen Grenzen durch das Schengener Abkommen erweisen sich auch für den Tierschutz als nachteilig. So werden neuerdings massenhaft Welpen, meist von kommerziell arbeitenden, problematischen Rassenhundezüchtern in Osteuropa über Hunderte von Kilometern in

die Schweiz gekarrt, um sie hier für gutes Geld abzusetzen. In einer Pressekonferenz traten deshalb die beiden Organisationen «Schweizer Tierschutz» und «Vier Pfoten» an die Öffentlichkeit, um zu warnen. Selbst Marcel Falk vom Bundesamt für Veterinärwesen äusserte Bedenken.

Leserbrief

Andere Meinung! «Schweizer Demokrat», Nr. 7/8, Landwirtschaft auf Abwegen! Dem damaligen Leserbriefschreiber Thomas Fischer aus Uzwil wird entgegnet...

Unrealistische Aussagen!

Nur weil Herr Fischer Vegetarier ist und nicht einmal Milch trinkt, verlangt er, dass alle Bauern aufhören sollen mit der Nutztierhaltung! Sollen diese stattdessen Gemüse produzieren?

Ich finde es unerhört, dass jemand so einen Stuss schreibt. Es gibt sehr viele Leute in der Schweiz, die gerne – auch aus gesundheitlichen Gründen – Milch und Milchprodukte konsumieren. Was sollen denn die Bergbauern machen? Sollen diese in den Bergen statt zu heuen – Salat anpflanzen? Entschuldigen Sie, Herr Fischer, aber Sie leben in einer Traumwelt!

Auch könnten Bergbauern ohne Subventionen gar nicht überleben. Die Pflege der Alpenregionen würde nicht stattfinden. Alles würde vergangen und verbuschen! Ein Bergbauer kann es sich nicht leisten, einen landwirtschaftlichen Mitarbeiter anzustellen und hat daher sehr viel manuelle Arbeit die

nicht mit einer Maschine zu erledigen ist. Die Milchwirtschaft ist im Voralpen- und Alpengebiet überlebenswichtig...

Erwartet Herr Fischer, dass alle Leute Vegetarier werden? Er schreibt ja in seinem Artikel, dass die Bauern mit der Tierhaltung aufhören – und stattdessen Gemüse anbauen sollen. Es gibt übrigens auch Bauern, die Masttiere halten.

Heinrich Haupt, Gansingen AG

Ohne Treibstoff einmal um die Erde



Bertrand Piccard, Sohn des berühmten Tiefseeforschers Auguste Piccard und von Herkunft Psychiater (!), baute den ausschliesslich mit Sonnenenergie, elektromotor-getriebenen Flugzeugprototyp HB-SIA. Mit ihm flog der Pilot André Borschberg, Chef von «Solar Impulse», am 7. und 8. Juli 2010 nonstop über 24 Stunden lang, also eine ganze Nacht.

Basel-Stadt:

2x Nein
zum Ausländer-Stimm-
und Wahlrecht!

...siehe Flugblatt-Text
auf Seite 8!

Europa – auf dem Weg zurück ins Mittelalter!

Das 16. Jahrhundert war in Europa die Zeit grösster Intoleranz in Glaubenssachen. In wilden Auseinandersetzungen bildeten sich die schweizerischen Landeskirchen mit Zwingli (Zürich) und Calvin (Genf) als Führungspersönlichkeiten. In Genf wurden von 1541 bis 1546 nicht weniger als 48 Todesurteile gegen Gegner der neuen Heilslehre gefällt und vollzogen. Herausragend aus der Masse dieser Opfer ist insbesondere der 1511 geborene Miguel Serveto von Aragón, genannt Michael Servetus, zu erwähnen, der als Flüchtling vor den inquisitorischen Häschern in Genf weilte. In einem von Calvin geleiteten Gottesdienst wurde er von Calvin erkannt, festgenommen und zum Tode auf dem Scheiterhaufen verurteilt. Am 27. Oktober 1553 erlitt der hochgebildete Theologe und Arzt den schimpflichen Tod des Häretikers.

Jahrhunderte mit vielen kriegerischen Auseinandersetzungen und mancherlei persönlichen Dramen gingen ins Land bis der Respekt vor der religiösen Überzeugung eines jeden Bürgers zum Allgemeingut wurde. Der insbesondere in den urbanen Gebieten unseres Landes entwickelte Toleranz-Begriff ist ein Kind der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein erdauertes Fortschritt der geistigen Freiheit des Bürgers, der mit dem Täuferum im 16. Jahrhundert seinen Anfang nahm. Im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts ist nun allerdings mit der staatlich verordneten Gottlosigkeit (siehe das ganze EU-Recht!) und dem Genderismus eine Bewegung entstanden, welche echte Toleranz in Respekt vor dem christlich geprägten Abendland vermissen lässt. Es hat nichts mit Toleranz zu tun, wenn scheinbar den Menschen dies aus den Herzen gerissen wird, was sich als Basis des individuellen Glücks und als Leitschnur der Völker bewährt hat. Dazu kommt nun die Gefährdung durch bewusst gewollte Zerstörung der geschichtlich gewachsenen Volksgemeinschaften mit ihren tragenden Vorstellungen über die Regeln des Zusammenlebens. Über die Zersetzung des Treue-Begriffes und die Auflösung klarer Familienstrukturen entsteht eine amorphe, lenkbare Masse. Dort bedeutet dann Toleranz Gleichgültigkeit; feste Regeln werden durch Beliebigkeit ersetzt. Im Hintergrund aber drohen Faustrecht und Repressionsgesellschaft!



Die Minarette sind unsere Bajonette im Kampf um Europa...

Droht jetzt der Marsch rückwärts – ins 15. Jahrhundert muslimischen Glaubens-Fanatismus?

Trotz des Maulkorb-Artikels in der Bundesverfassung und dem Wirken eines Prof. Georg Kreis, der am liebsten jegliche Meinungsäusserung der Bürger verbieten möchte, sobald es um die schlimmen Vorkommnisse auch bei uns geht (mit über 60% sind die Gefängnisse mit Ausländern belegt!), nimmt das Unbehagen im Volk zu.

Die Tatsache schleckt keine Geiss weg, dass vielerorts Muslime bei Gelegenheit und sobald sie sich stark genug fühlen, ihre antichristliche Haltung mit Nachdruck zur Geltung bringen.

Sei es, dass

- das Kruzifix aus den Schulstuben verschwindet,
- das Schulgebet abgeschafft wird,
- Weihnachtsspiele nicht mehr aufgeführt werden,
- andere kulturelle Vorstellungen, wie z.B. das Kopftuch tragen, durchgesetzt werden,
- die Isolation muslimischer Mädchen konsequent gelebt wird (kein Schulturnen in den Klassen, kein gemeinsamer Schwimmunterricht, keine Teilnahme an Landschulwochen etc.).

Es kann fast passieren was will, wie etwa der Lehrermord im St. Gallischen, die Führungskreise unseres

Landes hüllen sich in Schweigen um ja nicht den «Integrationsprozess» der Zehntausende jährlicher Einwanderer zu stören. Und Einwanderungen wollen die wachstumsverrückten Kreise in Wirtschaft und Politik, ganz egal wie überbevölkert unser Land ist und wie selbstzerstörerisch sich jede weitere Bevölkerungszunahme auswirken wird...

Ganz egal auch, wie sehr unser Selbstverständnis unter dem Kulturenmix leidet!

In den europäischen Staaten Deutschland, Holland, Dänemark, Frankreich ist die Entwicklung bereits einen Schritt weiter gediehen. Da werden Priester tyrannisiert und aus den Kirchengemeinden vertrieben; ein 70-jähriger Kaplan in Kassel (Aloys Weber) wurde unter der Haustüre des Pfarrhauses mit dem Ruf «Allah-u Akbar» niedergestochen; Kirchen werden verschmutzt, ja gar angezündet und in Frankreich (Toul) verlangt ein Imam öffentlich, die Stadt müsse von den Ungläubigen gesäubert werden. Bereits gibt es Gemeinden, die Schutzgeld bezahlen, damit muslimische Bodyguards dafür sorgen, dass die Gläubigen noch ungefährdet zur Messe gehen können.

Bekannt sind in Frankreich, England und Deutschland städtische

Quartiere, in die sich die Polizei nicht mehr hineingetraut; das Leben der Polizisten wäre aufs höchste gefährdet.

Wer glaubt, dass diese Entwicklung auf Dauer ohne Reaktion der Christen möglich sei, trägt Hose und Hemd noch an einem Stück! Angriffe auf jugendliche Christen durch muslimische Schlägerbanden werden früher oder später zu unschönen Reaktionen führen. Darüber mögen dann unsere Gutmenschen wieder einmal jammern!

Das Minarett-Verbot als Zeichen an der Wand!

Die überzeugende Annahme der Volksinitiative ist als Zeichen der Bewusstwerdung der Gefährdung des religiösen Friedens durch kämpferische Muslime zu verstehen. Wie hat doch der türkische Ministerpräsident Recep Erdogan lauthals verkündet:

Die Minarette sind unsere Bajonette im Kampf um Europa!

Zu Recht – wie mir scheint – betonen christliche Kreise, dass bei uns im christlichen Abendland solange keine Minarette gebaut werden dürften, als in muslimischen Ländern kein Gegenrecht bezüglich des Baus von Kirchen gehalten wird, ja die Christengemeinden drangsaliert und verfolgt werden. Wenn zurzeit auf internationaler Ebene das Minarett-Verbot des Schweizer Volkes als undemokratisch und gegen die Menschenrechte gerichtet (Religionsfreiheit) angegriffen wird, ist dies reine Heuchelei. Wenn wir das Hoheitszeichen des Mohammedanismus nicht in unseren Dörfern und Städten sehen wollen, heisst das nicht, dass den Muslimen die Ausübung ihres Glaubens verboten werden soll. Es ist aber unglaublich, dass sich schweizerische Magistraten mit den muslimischen Kritikern vereinigen, aber mit keinem Laut gegen die Unterdrückung des Christentums in den muslimischen Gottesstaaten protestieren.

Im Interesse der Völkervermischung und der Wachstumshysterie der Wirtschaft scheinen die anvisierten Kreise nicht nur die Treue zum eigenen Volk, sondern auch zur Tradition des christlich geprägten Abendlandes, über Bord geworfen zu haben.

Dabei kann nichts Gutes herauskommen!

Hütet Euch am Morgarten!

Hans Spitz, Köniz

Die Linke als Schild des Liberalismus!

Vom 26. Juni bis zum 2. Juli 2010 besetzten etwa 150 «Sans-Papiers» (politisch korrekter Euphemismus zur Bezeichnung von Menschen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten) und ihre linken Sympathisanten in Bern die Kleine Schanze, gleich neben dem Bundeshaus, und verlangten eine kollektive Regularisierung ihres Aufenthaltsstatus. Diese Provokation ist an Frechheit kaum zu übertreffen. Was machten die Behörden? Wie schon so oft in ähnlichen Fällen: so gut wie nichts. Die Illegalen blieben unbehelligt und konnten das schöne Wetter dieser Tage genießen. Wir beschäftigen uns hier nicht weiter mit der Frage, was von einem Staat zu halten ist, der die eigenen Gesetze nicht durchsetzt, der die Gelegenheit auslässt, einen grossen Fang zu machen und potentiellen illegalen Zuwanderern ein klares Signal zu senden. Wir erwähnen auch nur beiläufig die Ohrfeige, die jede Milde gegenüber Illegalen für die gesetztreuen Ausländer darstellt. Eine andere Frage interessiert uns im Rahmen dieses Textes.

Liberaler Deregulierung, linke Deregulierung

Das Zeltlager der Illegalen und ihrer Sympathisanten war mit Transparenten geschmückt, die eine deutliche Sprache sprachen: «On veut des régularisations» (auf Deutsch: Wir wollen Regularisierungen) und «No border – No nation – Stop deportation!» (auf Deutsch: Keine Grenze – Keine Nation – Stoppt die Abschiebungen!). Letztere Parole erinnert an das offizielle Schlagwort der «Sans-Papiers»-Bewegung: «Kein Mensch ist illegal». Für die Verteidiger der Sache der «Sans-Papiers» sollte es keine Einschränkungen des Einreise- und Aufenthaltsrechts geben, jeder Mensch sollte frei sein,



Illegal besetzt und toleriert: Kleine Schanze in Bern.

sich in das Land seiner Wahl begeben zu können. Wir stossen hier auf ein Paradox, insofern als die linken Aktivisten, die sich für eine Liberalisierung der Einwanderungspolitik stark machen, in der Regel mit Entschlossenheit die Liberalisierung der Wirtschaft bekämpfen. Dass aber erstere eine Folge letzterer ist, leuchtet ihnen scheinbar nicht ein. Sind die Linken inkohärent? Dem ist nicht so, wie es ein Blick auf die Grundorientierungen der Linken und der liberalen Rechten zeigt.

Linke und Liberalismus machen gemeinsame Sache

Was unterscheidet die Linke und die liberale Rechte? Eigentlich wenig: Beide Seiten verurteilen Nationalismus und Protektionismus, setzen sich für den Abbau von Grenzen und für den ungehemmten Personenverkehr (und Kapitalverkehr, für die Liberalen) ein, schwärmen von einer globalisierten Welt. Weiteres Paradox: Die Linke gilt herkömmlich als globalisierungsfeindlich. Sind die linken Globalisierungskritiker tatsächlich gegen die Globalisierung? Nicht im Geringsten. Die Linke kritisiert lediglich die liberale Version der Glo-

balisierung, rüttelt aber nicht an dem Globalisierungsgedanken. Sie will eine andere Globalisierung. Nicht von ungefähr kommt es, dass die linken Globalisierungskritiker sich im französischen Sprachraum seit einigen Jahren nicht mehr als «antimondialistes», sondern als «altermondialistes» (alter: «anders» auf Lateinisch) bezeichnen.

Wenn sowohl die Linke als auch die liberale Rechte globalisierungsfreundlich ist, welche realen Unterschiede gibt es dann noch zwischen ihnen? In der Tat wenige. Die Steuersätze, der Arbeiterschutz und die Höhe der Sozialhilfe scheinen die einzigen wirklichen Zankäpfel zu sein. So wichtig diese Fragen auch sein mögen, sie bilden nichtsdestoweniger einfache Schattierungen des Globalisierungsgedanken. Unter diesem Gesichtspunkt kann man ohne Übertreibung sagen, die Linke und die liberale Rechte seien zwei Seiten derselben Medaille namens Globalisierung.

Antirassismus spielt den Wirtschaftskreisen in die Hände

Die Behauptung der Linken, eine glaubwürdige Alternative zum


Wirtschaftsliberalismus darzustellen, ist reine Augenwischerei. In der Wirklichkeit dient die Linke dem Liberalismus sogar als Schild.

Die liberale Rechte unterstützt die Einwanderung einerseits um an zahlreiche Arbeitskräfte zu kommen und um die Löhne nach unten drücken zu können. Andererseits um der Vergreisung der einheimischen Bevölkerung entgegenzuwirken und die Finanzierung der Sozialversicherungen zu sichern. Die Linke will ebenfalls die Sozialversicherungen retten, will aber zusätzlich die ausländischen Arbeiter vor Ausbeutung und vor protektionistischen Reflexen seitens der um ihre Stellen besorgten Schweizer Arbeitnehmer schützen. Gerade letzter Punkt sorgt für Zähneknirschen, doch die wenigsten Schweizer Arbeiter wagen es, ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen, aus Angst vor der Rassismuskeule.


Der Antirassismus der Linken spielt den Wirtschaftskreisen objektiv in die Hände: Diese können weiterhin im grossen Stil ausländische Arbeitskräfte importieren; sie können sich im Falle einer nationalen Offensive gegen die Personenfreizügigkeit sozusagen auf die Unterstützung der Linken verlassen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Linke die Rolle eines Schildes des Liberalismus mit Unbehagen übernimmt, doch sie kann kaum anders, denn sie teilt mit ihm mehrere Grundideen: Materialismus, Egalitarismus und Universalismus. Die Linke und die Wirtschaftskreise gaukeln vor, sich wie Katz und Hund zu vertragen, doch die realen Konvergenzen reichen weiter als man annimmt. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen!


Jan Mahnert ist ein parteiunabhängiger Autor

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **Fricktal:** Stamm im Restaurant «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstrasse 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

 **Luzern-Innerschweiz:** Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (unmittelbar beim Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr.

 **Kantonalsektion St. Gallen:** Stamm im Schiesskeller (Wehrstr. 6 in St. Gallen/Winkel), 30. September ab 19.30 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:** Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. und 3. Montag des Monats, Stamm ab 20 Uhr im Rest. «Rütli», Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Junge!

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe www.jsd.

ostschweiz.ch oder 079 836 90 87) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20 Uhr. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

Elektronische JSD-Zeitung
<http://www.volkundheimat.ch>

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERMIETEN:

5-Zimmer-Wohnung in Vitznau
mit Garten, im Parterre in älterem
Haus, nur an Deutschsprechende.
Miete Fr. 650.– plus NK.
Telefon 041 397 01 88

ZU MIETEN GESUCHT:

**Schweizerin sucht 2–3 Zimmer-
Wohnung in Zürich und Umge-
bung.** Auch ein Hausteil kommt in
Frage. Vermieter melden sich bitte
telefonisch oder per E-Mail bei
obenstehender SD-Marktplatz-
Adresse. Besten Dank!

ZU VERKAUFEN:

4½-Zimmer Hausteil jetzt zu ver-
kaufen im Bezirk Affoltern (ZH). Zu
diesem gemütlichen Haus gehören
ein grosser Schopf mit Garage und
Waschraum mit V-Zug-Maschinen.
Im kleinen Schopf sind Werkzeuge
für den grossen Garten mit etlichen
Obstbäumchen und Beerensträu-
chern. **Ideal für SD-Eltern mit 2
bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das
Haus genau steht, erhalten Sie
über die obenstehende SD-Markt-
platz-Adresse; dies auch telefonisch
oder per E-Mail möglich.

**Bio-Knospen Olivenöl und
Schweizer Essig** von Waldkirch
SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

GESUCHT:

Musiklehrer/Hobbymusiker:
Wer könnte mir einige Stunden er-
teilen? Ich möchte von Diatoni-
scher Orgel auf Chromatisch um-
steigen.
Region Küsnacht, Vitznau, Ger-
sau, Weggis.
Telefon 078 924 35 90

Stimmrecht für Ausländer (Migrantinnen/Migranten)?

Wir Schweizer Demokraten empfehlen...

Nein, weil Ausländer die demokratischen Rechte nicht zum «Nulltarif» erhalten sollen, ohne auch
sämtliche staatsbürgerliche Pflichten (wie Militär- und Zivildienst) in Verantwortung zu übernehmen –
wie es auch die Schweizer tun müssen.

Nein, denn gemäss der vorliegenden Initiative sollen Ausländer gar noch in den Grossen Rat gewählt
werden – und dort mitbestimmen können!

Nein, denn der Stimm- und Wahlzettel des einzelnen Schweizerbürgers hat weniger Gewicht, wenn
die Ausländer auch noch mitstimmen. Wollen wir uns die Stimmkraft beschneiden lassen?

Nein, denn wir wollen nicht, dass Konflikte zwischen verschiedenen Ausländergruppen in unsere
Politik hineingetragen werden.

Nein, denn die linken Parteien kämpfen nicht zuletzt so vehement für dieses Anliegen, weil sie auf
diese billige Weise zu Stimmengewinnen und neuen Wählern kommen.

Das **Gratis-Ausländerstimm- und Wahlrecht** ist der falsche Weg.
Wir fordern von den Ausländern zuerst **Integration, und erst mit
der Einbürgerung kommt das Stimm- und Wahlrecht!**



Deshalb...

Nein zur Initiative "Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten!"
Nein zum Gegenvorschlag der linken Regierungsmehrheit!

Infos bei: Schweizer Demokraten BS, Postfach 4219, 4002 Basel, info@sd-basel.ch

**Wer sucht, verkauft oder tauscht
Mondo-, Bea- oder Silva-Punkte?**
Ihre Kleinanzeige hier bringt Sie
dem Ziel näher!

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Ansichtskarten, Prospekte,
mit Abbildungen von Menschen,
Objekten, Gebäuden, Landschaften
usw. für den Abdruck im «Schwei-
zer Demokrat» (Bebilderung von
Artikeln). Kontaktadresse:
SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001
Bern. **Tel. 031 974 20 10,**
Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Supercard-Punkte zu verkaufen?
Eine Kleinanzeige macht's möglich!

ZU VERSCHENKEN:

**Vielseitiger Sammler und Doku-
mentierer.** Würde alles verschenken
– jedoch nicht zum Verschleudern!
Umfang meiner Sammlung: Ski,
Schlitten, Geräte (keine Maschinen)
der Landwirtschaft (antik) des Haus-
halts und des Alltagslebens.
Schweizer Landesausstellungen von
1883 bis und mit Expo 02, Volkskun-
de, Geschichte, Unterhaltung,
Emanzen-Texte..., Bücher. All das

zum Forschen, Dokumentieren (un-
sortiert) und evtl. Ausstellen. Sehr
viele Zeitungsausschnitte, Illustrier-
te. Manches für Studien, Matura,
Dissertationen geeignet. Viel Ski-
sport-Literatur.

**Zuschriften an: Hans Zihlmann,
Meierwiesenstr. 56, 8064 Zürich**

REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Panoramacamping Surcuolm-Ober-
saxen.** Sonnige Lage, freie So- und
Winterplätze. **Tel. 081 933 32 23**
www.camping-surcuolm.ch

**SD-Motorrad- und Cabrio-Club
Schweiz.** Anmeldung und Infos bei:
SD-MCC/Schweiz, z.H. Roland
Schöni, Postfach 108, 3806 Bönigen
Telefon 076 355 90 95 oder
E-Mail: r.schoeni@sunrise.ch

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Zeit-Reisen

Die neue Dauerausstellung des Na-
turama in Aarau gehört zu den mo-
dernsten naturkundlichen Präsen-
tationen der Schweiz. Lebende Tiere
und Pflanzen, einzigartige Objekte
und Präparate, spannende Videofil-
me, interaktive Computer-Installa-
tionen, attraktive Modelle und sorg-
fältig gestaltete Dioramen laden
Jung und Alt zu spielerischem Ent-
decken und Verstehen ein. Diese
Ausstellung beinhaltet: **Vergangenheit
– Gegenwart – Zukunft!**

Öffnungszeiten: Täglich ausser
Montag von 10.00 bis 17.00 Uhr.
**Naturama. Beim Bahnhofplatz,
Aarau, Tel. 061 832 72 00**

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» ge-
hört nach dem Lesen nicht ins
Altpapier. Bitte die Zeitung an
Freunde und Bekannte weiterge-
ben oder an einem belebten Ort
(Restaurant, Wartsaal, usw.) mit
dem Zeitungsnamen nach oben
liegen lassen... für den nächsten
interessierten Leser!

Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen
www.marche-blanche.ch, Tel. 022 360 02 43

SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann
«Tiere sind keine Ware»

Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»
Tel. 044 737 48 29

Kanton Bern: Abstimmung vom 26. September 2010

Nein zum Ausländer-Stimm- und Wahlrecht!



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern

Die Verfassungsinitiative linker Organisationen «Zäme läbe – zäme schtimme» soll die Verfassungsgrundlage dafür schaffen, dass die Gemeinden des Kantons Bern auf freiwilliger Basis das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländer einführen können. Wir Schweizer Demokraten (SD) bekämpfen dieses Ansinnen an vorderster Front.

In den letzten Jahren wurde im Kanton Bern die Frage des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene mehrmals diskutiert. Im Dezember 1994 lehnten die Stimmberechtigten des Kantons Bern die Volksinitiative für ein Ausländerstimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene wuchtig mit 77 Prozent ab. Der Gegenvorschlag des Gossen Rates, der ein fakultatives Stimmrecht auf der Ebene der Gemeinde vorsah, wurde ebenfalls mit 58 Prozent abgelehnt.

Mit der vorliegenden Initiative sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene einzuführen. Das Stimm- und Wahlrecht im Kanton Bern oder auf Bundesebene ist davon zwar nicht betroffen. Jede Gemeinde kann selbst entscheiden, ob sie den Ausländern das kommunale Stimm- und Wahlrecht erteilen will. Keine Gemeinde ist dazu verpflichtet, doch ist zu befürchten, dass linke Städte wie Bern oder Biel schon sehr bald ein solches einführen könnten und anschliessend mächtig Druck auf die ländlichen Gemeinden machen,

welche das Ausländerstimmrecht nicht einführen wollen. Somit geraten diese mächtig unter Zugzwang, was der Gemeindeautonomie zuwiderläuft. Wir Schweizer Demokraten vertreten das Prinzip: Integration, Einbürgerung und mit Letzterem das Stimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht.

Das Ausländerstimmrecht in anderen Kantonen

Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, Neuenburg und Waadt kennen heute verschiedene Formen des Ausländerstimmrechts:

- In den Kantonen **Jura** und **Neuenburg** besitzen Ausländer das Stimm- und das aktive Wahlrecht sowohl auf kantonaler wie auf kommunaler Ebene. In Neuenburg können sie zwar an Wahlen teilnehmen, nicht aber selbst gewählt werden (wurde mittels SD-Referendum erfolgreich verhindert).
- Die Kantone **Waadt** und erstaunlicherweise auch **Freiburg i.Ü.** kennen das Ausländerstimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer auf Gemeindeebene. Ausländer können abstimmen, wählen und selbst in ein öffentliches Amt gewählt werden.
- Das Stimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht auf Gemeindeebene kennen auch die Kantone **Appenzell Ausserrhoden** und **Graubünden**. Die Gemeinden der beiden Kantone können jedoch selbst entscheiden, ob sie das Ausländerstimmrecht einführen wollen oder nicht. Dies ist in der Ostschweiz offensichtlich kein grosses Bedürfnis: In Appenzell AR haben nur 3 von 20, in Graubünden ganze 12 von 186 Gemeinden das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene eingeführt.
- Im Kanton **Genf** umfasst das Ausländerstimmrecht nur das Stimmrecht und das aktive



Wahlrecht. Ausländer dürfen wählen und abstimmen, können jedoch nicht in ein öffentliches Amt gewählt werden.

- Ferner ermächtigt die Kantonsverfassung von **Basel-Stadt** die Gemeinden Riehen und Bettingen, das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten auf Ausländer auszudehnen. Über eine linke Initiative für eine Ausweitung auf kantonaler Ebene wird auch jetzt abgestimmt!

Integration durch Einbürgerung!

Das Stimm- und Wahlrecht ist in der Schweiz eng mit dem Bürgerrecht und mit all seinen Rechten und Pflichten verknüpft. Wer mitbestimmen will, muss das Schweizer Bürgerrecht besitzen. Die Inte-

gration von Ausländern geschieht nicht über das Stimmrecht, sondern über die Einbürgerung. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Integration, Einbürgerung und politischen Rechten. Das geforderte Stimmrecht ist aber nicht Mittel zur Integration, sondern die Folge erfolgreicher Integration, welche sich einzig in der Einbürgerung zeigt.

Zudem ist das Stimm- und Wahlrecht nicht bloss ein Individualrecht, sondern in der direkten Demokratie auch eine Organkompetenz. Bürgerinnen und Bürger sind Teil des Staatsorgans und sollen es auch bleiben. Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, die Verfassungsinitiative deutlich abzulehnen.

Ausländer-Stimm- und Wahlrecht: Jetzt auch das noch?

Nein, weil Ausländer die **demokratischen Rechte** nicht zum «Nulltarif» erhalten sollen, ohne auch sämtliche Pflichten (wie Militärdienst usw.) zu übernehmen – wie die gebürtigen Schweizer auch.

Nein, denn **Stimmrecht und Schweizerpass gehören zusammen**. Wir Schweizer wollen Herr im eigenen Haus bleiben.

Nein, denn der Stimm- und Wahlzettel des einzelnen Schweizerbürgers hat weniger Gewicht, wenn die Ausländer auch noch mitstimmen. Wollen wir uns die **Stimmkraft beschneiden** lassen?

Nein, denn wir wollen nicht, dass **Konflikte** zwischen verschiedenen Ausländergruppen (z. B. Türken gegen Kurden; Albaner gegen Serben) **in unsere Politik hineingetragen** werden.

Nein, denn die **linken Parteien** kämpfen nicht zuletzt so vehement für dieses Anliegen, um so **billig zu Stimmengewinnen** zu kommen.

Nein, denn das Ausländer-Stimm- und Wahlrecht **widerspricht der Idee der Schweiz als Gemeinschaft freier Bürgerinnen und Bürger**, die selbst über ihre Geschicke entscheiden.

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beeidigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.



Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



Kanton Bern



Ja zur Schliessung und Verkauf der Reitschule

Seit über 20 Jahren ist die Berner Reitschule Stein des Anstosses. **Mit ihren Negativschlagzeilen schädigt sie das Image der Stadt Bern und der ganzen Schweiz.** Gleichzeitig ist durch Drogenhandel und Kriminalität bis hin zu Tötungsdelikten die Sicherheit hoch gefährdet. Durch Sprayereien ist das Gebäude auch ein optischer Schandfleck und leider meist der erste Eindruck, den Touristen bei ihrer



«Unrat und Dreck unübersehbar»: Die Reitschule präsentiert sich bei der Einfahrt in den Bahnhof Bern sehr negativ.

Ankunft in Bern bekommen. Nicht zuletzt dient die Reitschule auch als Hort für linksextremes Gedankengut und als Sammelpunkt für autonome, gewalttätige Demonstranten.

Am 26. September 2010 wird das Stadtberner Stimmvolk nun über die Vorlage entscheiden. Dies ist eine sehr wichtige Abstimmung für die Zukunft der Stadt Bern. Für die Annahme der Initiative führen wir in der Stadt Bern einen gut geplanten und intensiven Abstimmungskampf. Hierfür sind wir auch auf Unterstützung von ausserhalb der Stadt Bern angewiesen. Aus diesem Grund möchten wir Sie anfragen, ob Sie uns mit einem finanziellen Beitrag unter die Arme greifen würden? Für Ihre Unterstützung danken wir ganz herzlich!

Bernhard Hess, Mitglied Komitee Schliessung Reitschule



Kanton Basel-Stadt



Mitmenschliche (Un-)Tat oder PR-Aktion?

Den «heiligen» Martin; es gibt ihn noch in Riehen!

pr. Fünf muslimische Elternpaare verbieten in Basel ihren Töchtern im Primarschulalter den Schwimmunterricht in der Schule. Hierauf erhielten jeweils beide Elternteile einzeln (vorherige Mahnungen hier nicht erwähnt) vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt je einen Bussenentscheid von 350 Franken (Fr. 700.– je Paar und Kind). Eine Person hat gegen diese Busse innert Frist eine Beschwerde beim Gesamtregierungsrat eingereicht.

Retter in Not?

Inzwischen hat sich der Riehener Unternehmensberater und Theologe **Johannes Czwalina** in diese Angelegenheit eingemischt. Wie aus den Medien zu erfahren ist, erklärte sich dieser bereit, die Bussen aller muslimischer Elternteile zu übernehmen. Er handle, wie es



heisst, aus einer «vermittelnden Motivation». Und weiter: «Ich stehe zu meiner Aussage, dass ich im Raum Basel alle Bussen wegen Verweigerung des Schwimmunterrichts zahlen werde.» Auch für die Folgekosten (für Advokaten?) will er aufkommen. Die betroffenen Familien seien seiner Ansicht nach finanziell schon hart belastet – da diese mit dem Existenzminimum leben müssten. Bravo Herr Czwalina, Sie sehen die Problematik (ganz falsch!) und dies gar nicht staatspolitisch!

Realitäten sehen

Da mehrere dieser muslimischen Familien nicht einmal den eingeschriebenen Brief (vorgängig vermutlich schon andere!) abgeholt haben, spricht auch dies für eine «erfolgreiche» Integration dieser Einwandererfamilien. Vorschriften in gutmeinendem Sinne werden einfach nicht beachtet – mit der Haltung – «**Geht uns doch nichts an!**»

Übrigens: Laut dem Basler Erziehungsdepartement würden von 1033 muslimischen Primarschülern beiderlei Geschlechts zur Zeit

1026 den in der Schule geforderten Schwimmunterricht besuchen. Die Verantwortlichen im Basler Erziehungsdepartement würden jedoch den Dialog zu den muslimischen Eltern stören, so der **Theologe Johannes Czwalina (Inzlingerstr. 65, 4125 Riehen, Tel. 061**

645 96 50). Dieser wird sich über jede Kontaktaufnahme freuen, wenn sich noch andere in Not geratene Schächten (gemeint sind auch Christen, Hinduisten, Buddhisten, konfessionslose Menschenkinder, einfach alle...) bei ihm melden. Er hilft gerne!



Ein zweiter SVP-Bundesrat?

bez. Am kommenden 22. September werden die beiden Bundesratsitze von Moritz Leuenberger (SP/ZH) und Hans-Rudolf Merz (FDP/AR) neu «vergeben». Schon vor den Sommerferien, nach dem überraschenden Leuenbergerschen Rücktritt, begann die Diskussion um die Nachfolge und **das Bedauern**, dass nicht auch gleich BR Merz zurücktreten würde. Merz verkündete dann auch gleich nach den Sommerferien seinen (lang erwarteten) Rücktritt. Da hatten einige Parteikollegen doch nachgeholfen... Die beiden langjährigen Magistraten hatten sich vorgängig nicht abgesprochen, sodass die jeweilige Ersatzwahl gesondert an zwei Daten hätte stattfinden müssen. **Dümmer geht's ja wirklich nicht mehr!**

Jetzt hat man sich unter dem Druck der Medien und einiger noch klar denkender Politiker auf ein Datum – eben den 22. September – geeinigt. Nun schläft sich's wieder ruhiger in Bern!

Was tut die SVP-Führungsetage?

Anlässlich der Ersatzwahl für BR Pascal Couchepin im Juli 2009 unterstützte die SVP-Fraktion **konsequenter FDP-«Anspruch»** (halt ein Päckli!), worauf der Neuenburger Didier Burkhalter auch «abmachungsgemäss» gewählt worden ist.



Bundesrat Hans-Rudolf Merz: Wäre er nach seiner Krankheit zurückgetreten, bliebe er sehr positiv in Erinnerung...

Die SVP hätte schon damals anders können und gemäss ihrer Wählerstärke den zweiten FDP-Sitz angreifen können. **Die SVP handelte damals klug und tat dies nicht...** Doch heute ist dies ganz anders:



Bundesrat Moritz Leuenberger: Hat er den «Absprung» doch noch geschafft!

Seit jeher posaunte die SVP-Führung, dass die SP-Vertretung im Bundesrat um einen Sitz «reduziert» werden müsste. Ob dies gerecht oder ungerecht ist, spielt da keine Rolle: **Eine solche Haltung darf eine politische Partei vertreten, wenn es darum geht, die politische Gegnerschaft zu schwächen!** Doch was machte die SVP-Führung vor wenigen Tagen und Wochen? Einmal bandelte diese gar mit der SP-Leitung an um gemeinsam (nun plötzlich) den Zweieranspruch der FDP zu knacken; dies zugunsten eines 2. SVP-Sitzes und dem Erhalt der zwei Sitze für die SP! Wohl nichts geworden mit diesem Handel! Sodann verhandelten die SVP-Führungsleute mit dem «Erzfeind» CVP... doch wollten die auch nichts wissen vom Kuhhandel.

Denken kommt vor dem Reden

Warum blieb die SVP-Führung nicht ihrer alten Strategie treu und der Allianz mit der FDP? Dies mit dem Ziel: **Kampf gegen die politische Linke, die SP!**

Der Oberturner der SVP, **NR Caspar Baader**, forderte seit Wochen den zweiten Sitz für die SVP. Er hat nun gemerkt, dass die SVP z.Z. chancenlos bleiben wird. Diese gescheiterten Herren haben dem Kuchen im Ofen in letzter Zeit dermassen Hitze zugeführt, dass dieser nun verkohlt und ungeniessbar geworden ist!

Caspar Baader selbst will nun von einer eigenen Bundesratskandidatur auch nichts mehr wissen (aus beruflichen Gründen, gibt er an!). Diese faule Ausrede hält aber nur

solange an, bis wieder besser Wetter, sprich eine aussichtsreichere politische Temperatur für eine SVP-Kandidatur vorhanden ist! Welcher SVP-«Notnagel» springt nun in die schon verloren gegangene Schlacht?

Ein SVP-Hinterbänkler wird's richten müssen!

PS: Zuerst wird der SP-Sitz vergeben. Dann der Sitz der Freisinnigen. Dies ist auch unpassend für die SVP-Strategen!

Anderswo gelesen...

Sommerliche Nebelpetarde!

Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik

Seit heute wird in alle 3,6 Millionen Haushalte der Schweiz eine 24-seitige SVP-Zeitung verteilt, die das Volk auffordert, seine Meinung zur Schweizer Ausländerpolitik darzulegen. Bereits die Initiativbogen der Ausschaffungsinitiative wurden seinerzeit im Juli/August in alle Schweizer Haushalte verschickt. Und dieses Vorgehen sollte sich im Nachhinein als äusserst erfolgreich herausstellen: Binnen weniger Monate hatten über zweihunderttausend Stimmberechtigte die Initiative unterschrieben. Ob die Resonanz auf die «Volksbefragung» ähnlich gross sein wird, darf bezweifelt werden. Im Grossen und

Ganzen ist die Zeitung, die mit vielen Grafiken und Bildern illustriert ist, zu aufgeplustert, zu detailliert und damit zu umfangreich. Auch ist die Gestaltung nicht sehr einladend. Hinsichtlich der Auswertung der Befragung kommen zudem weitere Probleme auf die Partei zu: Weder die Internetseite (www.volksbefragung.ch) noch die Fragebogen verhindern systematisches mehrfaches Ausfüllen. Die Rückmeldungen sagen auch nichts über die Teilnehmer (Alter, Religion, Herkunft, Einkommen usw.) aus. Da alle Schweizer Haushalte mit der Zeitung beliefert werden, haben auch die – gemäss

SVP – über 1,6 Millionen in der Schweiz lebenden Ausländer ein entsprechendes Exemplar erhalten. Wie kann deren Einflussnahme auf das Ergebnis ausgeschlossen werden? Gar nicht! Letztlich sind die von der SVP vorgeschlagenen «Massnahmen» nur als heisse Luft zu werten. So steht etwa die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit und ohne Neuverhandlungen zur Auswahl. Dass viele bürgerliche Politiker und auch Grossteile der SVP immer für die Personenfreizügigkeit waren und auch das Referendum gegen die Ausdehnung eben dieser auf Rumänien und Bulgarien von der SVP erst gar nicht unterstützt wurde, ist ein weiterer Beweis für den politischen Zick-Zack-Kurs der wählerstärksten Schweizer Partei. Auch die Tatsache, dass die der SVP nahestehenden Wirtschaftsverbände und Unternehmer für die Verausländerung der Schweiz letzten Endes verantwortlich sind, rückt die «Volksbefragung» in ein lächerliches Licht.

Die millionenschwere Aktion, die das durch den Sommer entstandene politische sowie mediale Vakuum zu füllen vermag, stellt einmal mehr eine

geschickte Imagepflege dar, um von den wahren Ursachen der Einwanderung abzulenken. Denn die beste Massnahme, um die fehlgeleitete Ausländerpolitik in den Griff zu bekommen, wäre eine konsequente Rückschaffung sämtlicher kulturfremder Ausländer. Angesichts der Ausländermassen, die bereits heute in der Schweiz leben, ist eine punktuelle Veränderung der Ausländerpolitik nicht mehr zielführend. Es braucht vielmehr eine Kehrtwende. Dass die millionen- und milliardenschweren Bonzen der SVP hier eine Hauptrolle spielen, steht ausser Frage. Denn nicht etwa der attraktive Schweizer Sozialstaat oder Konflikte haben zur Ausländerschwemme geführt, sondern die heimische Nachfrage nach billigen ausländischen Arbeitern. Insofern müsste auf www.volksbefragung.ch unter «Mein Vorschlag» geschrieben werden, man müsste den SVP-Bonzen verbieten, noch mehr billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, die danach den Schweizer Arbeiter vom Arbeitsmarkt verdrängen.

*www.pnos.ch
Die SD-Redaktion teilt diese Meinung voll und ganz!*

Gender-Mainstreaming

Verleugnung der biologischen Diversität von Mann und Frau! – Ein moderner Irrweg der westlichen Gesellschaft



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, König

Ob es den fundamentalistischen Feministinnen, den Schwulen und Lesben, den Transsexuellen, den Grünen und Linken passt oder nicht, jedes gesunde Baby kommt als männliches oder weibliches Wesen zur Welt und ist von der Natur entsprechend ausgestattet. Dies gilt von den primären Geschlechtsmerkmalen über die hormonellen Steuerungen bis hin zu den psychischen Veranlagungen und Qualitäten.

Die Natur hat zwei grosse Ziele:

- Das Hervorbringen gesunder, den Lebensumständen angepasster Individuen und
- Die Sicherung der Art.

Das wussten unsere Vorfahren noch und organisierten die Erziehung und Ausbildung der Kinder im Sinne dieser beiden wichtigsten Ziele. Viele, z.T. religiös begründete Einschränkungen der Freiheit des einzelnen Individuums in Bezug auf Ernährung, Fortpflanzung und berufliche Tätigkeiten sind im Dienste der beiden oben genannten Ziele zu verstehen.

Der Fortschritt und seine Gefahren

Der medizinische Fortschritt, die Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung (Bakteriologie, Hygiene, Ernährungslehre, Chirurgie) haben zahlreiche, natürliche Sicherungen ausser Kraft gesetzt, welche für die individuelle Gesundheit, resp. Widerstandsfähigkeit, wichtig waren und sind. So können heute Erbkrankheiten dank medizinischer Hilfe in den ersten Lebensjahren des Menschen im Erwachsenenalter weitergegeben werden, welche die Gesundheit der Gesamtpopulation beeinträchtigen können. Man denke etwa an Diabetes, hormonelle Störungen, Nervenleiden, psychische Labilität usw. So ist etwa die Auffassung, dass jeder Mann ein Recht auf Fortpflanzung habe noch keine hundert Jahre alt und noch jünger ist die Haltung, dass aus eugenischen Gründen Abtreibungen jederzeit zu tolerieren seien. Das sind Trends, die von der Gesellschaft zumindest kritisch zu hinterfragen sind. Die Sicherung der Art ist für die Menschheit als Ganzem eher durch die zu freudige Vermehrung als dem Gegenteil bedroht.

Betrachten wir jedoch die einzelnen Volksgemeinschaften mit allen ihren zivilisatorischen und kulturellen Errungenschaften, sieht die Sache anders aus. Auch in den hoch ent-

wickelten Zivilisationen benötigen wir 2,1 Kinder pro Frau, um eine Mengenkonstanz der Population zu erzielen. – Von Russland über Europa bis in die USA wird diese Zahl seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht. Dank der Migration vom Süden (Afrika, Südamerika) nach Norden (Europa, Nordamerika) und von Osten (China, Südostasien, Indien) nach Westen (Europa, USA) ist eine Umschichtung der Völker im Gange, die kaum wahrgenommen, resp. aus politischer «Correctness» verdrängt wird. **An diesem Punkt greift nun die Bewegung des Gender-Mainstreaming ins Geschehen und drückt – gewollt oder ungewollt – die Reproduktionsrate der westlichen Völker noch weiter unter die Selbsterhaltungsgrenze. Der Begriff «Gender-Mainstreaming» = «Gleichstellung», bezeichnet den Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen. Seit 1999 ist dies auch das offizielle Ziel der Gleichstellungspolitik der EU. Das wirkt sich negativ aus auf die Familienpolitik, die Wertung der Hausfrau und Mutterrolle, die Wertschätzung und Bedeutung der Frauenerbeit innerhalb der Familien. Die berufstätige Mutter von einem oder höchstens zwei Kindern wird als das Idealbild der Frau dargestellt. Dass damit die oben erwähnte durch-**

schnittliche Geburtenziffer nicht zu erreichen ist, dürfte klar sein. Abgestritten wird dabei gerne die Tatsache, dass viele Frauen mit der Doppelrolle – Berufstätigkeit und Mutterschaft – überfordert sind.

Schlimmer noch, wenn die Säuglinge schon nach wenigen Wochen fremdbetreut werden (KiTaS), also der Mutterliebe entbehren müssen und wenn im Kindergartenalter in Ganztageschulen jegliche Dauerbindung an die Eltern verloren geht, braucht man sich nicht zu wundern über die zunehmenden Probleme der heranwachsenden Jugend (Gewaltexzesse, Drogensucht, fehlende Empathie, psychische Labilität, Suizidneigung insbesondere der männlichen Jugend). Aus der Forschung ist seit 50 Jahren bekannt (John Bowlby, René Spitz), **dass die wichtigste Zeit des Menschen zur Erlangung seiner sozialen Kompetenzen zu denen Liebe, Rücksichtnahme und Verantwortung ändern gegenüber – gehören, die ersten drei Lebensjahre sind.**

Wer sich also zur Mutterschaft entschliesst und z.B. drei Kindern das Leben schenkt, hat für mindestens 10 Jahre eine Aufgabe als Mutter zu erfüllen, die von der Gesellschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Damit ist nichts gesagt gegen eine gediegene Berufsausbildung junger Frauen. Aber es wäre klug, ihnen die Wahl zu lassen zwischen dem Ideal der «Karrierefrau» und der «Mutterschaft». Wer sich zur Mutterschaft als Lebensaufgabe entschliesst, verdient

jede Unterstützung. Das Ziel des Erhalts eines stabilen und gesunden Volkskörpers scheint mir von vorrangiger Bedeutung zu sein. Jedenfalls ist die Rolle der Frau, **Mutter zu sein, wichtiger als ihr Potenzial wirtschaftlich nutzen (lies: ausnutzen) zu können.**

Stimmen, die gehört und gewertet werden sollen!

Es gilt das Wort: Gender Mainstreaming ist das grösste und gefährlichste Umerziehungsprogramm der Menschheit.

Anatoli Lunatscharki (1875– 1933), ein bedeutender marxistischer Kulturpolitiker und unter Lenin Volkskommissar für das Bildungswesen, schrieb vor fast hundert Jahren:

«Unsere jetzige Aufgabe ist die Zerstörung der Familie und die Ablösung der Frau von der Erziehung ihrer Kinder. Wenn wir in unseren Gemeinschaftshäusern gut vorbereitete Abteilungen für Kinder organisiert haben, ergibt es sich zweifellos, dass die Eltern ihre Kinder von allein dorthin senden werden, wo sie durch medizinisch und pädagogisch qualifiziertes Personal überwacht sind.»

Tatsächlich aber hat die Gleichstellung der Frau verschiedene sozialistische Systeme praktisch in den Kollaps geführt. So schrieb **Michael Gorbatschow 1987** in seinem Buch *Perestroika*:

Angesichts mehrerer Millionen Alkoholiker, einer bindungslosen Gesellschaft, die kaum noch Verantwortung füreinander zu übernehmen bereit war, und eines rasant wachsenden Potenzials an Gewaltbereitschaft, Korruption und Kriminalität vor allem bei Jugendlichen haben wir erkannt, dass viele unserer Probleme im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur und der Produktion – zum Teil durch die Lockerung familiärer Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden. Dies ist ein paradoxes Ergebnis unseres ernsthaften und politisch gerechtfertigten Wunsches, die Frau dem Manne in allen Bereichen gleichzustellen. – Aus diesem Grund führen wir jetzt hitzige Debatten was zu tun sei, um den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren!

Ungeachtet dieser schwerwiegenden Feststellungen liess sich der Luxemburger Jean-Claude Juncker 1999 wie folgt vernehmen (Zitat):

Wir beschliessen etwas, stellen das in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt. – Durch Gender-Massnahmen in al-



Die Gender-Bewegung will die soziale Geschlechterrolle von allen biologisch-leiblichen Gegebenheiten abkoppeln.

len gesellschaftlichen und politischen Bereichen, die per Gesetz seit Jahren festgeschrieben sind, soll die zunehmende Einsicht eines jeden Bürgers auf der ganzen Welt nachhaltig manifestiert werden, dass es das klassische Geschlecht von Mann und Frau in Wirklichkeit gar nicht gibt. Deswegen müssen die scheinbar gar nicht existierenden Geschlechter jetzt abgeschafft werden. Alles ist gleich! Alles ist eins!

Erstauslich, dass dies den Menschen in den vergangenen Jahrtausenden offenbar niemandem aufgefallen ist! Erst in unserer – ach so hoch entwickelten – Zeit werden typische Weiblichkeit und typische Männlichkeit als sexistische Konstrukte erkannt.

Wehrt sich niemand gegen den Unsinn?!

Die wohl bekannteste Kämpferin gegen den selbstschädigenden Unsinn ist die deutsche Schriftstellerin **Eva Hermann**. Gegen sie wurde deshalb von den FundamentalFeministinnen um Alice Schwarzer und dem linken Medien-Verband eine wahre Hexenjagd veranstaltet.

Scharf wird das Gender Mainstreaming von Teilen christlicher Gruppierungen als gegen die von diesen Gruppen vertretenen Interpretation der Bibel und den Willen Gottes gerichtet, angegriffen. So kritisiert die Ärztin Christl Vonholt, Leiterin des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft, die Gender Bewegung wollten die sozialen Geschlechterrollen von Mann und Frau von allen biologisch-leiblichen Gegebenheiten abkoppeln und leugneten dabei alle wesentliche Unterschiede zwischen Mann und Frau.

Die deutsche Publizistin Gabriele Kuby, eine Konvertitin zur römisch-katholischen Kirche, kritisiert Gender Mainstreaming aufs Schärfste, da hierdurch die «Geschlechterdifferenzierung von Mann und Frau» und die Heterosexualität als Norm aufgehoben werde.

In unserem Land sind zurzeit Versuche im Gange, diese Umerziehung über den Missbrauch der öffentlichen Schule zu realisieren. Unter dem Druck der rot-grünen Allianz jagen sich die Schulreformen, die übrigens zur bekannten Misere der fehlenden

Lehrerpersönlichkeiten geführt haben. Nach links-grüner Absicht (SP-Bildungsthese 11) sei die Schule der Ort, wo ein geschlechtergerechtes Selbstverständnis entwickelt werden könne. Dazu müsse in der Schulleitung und in der «LehrerInnenbildung» das Prinzip des Gender-Mainstreamings und eine gendergerechte Pädagogik und Didaktik entwickelt werden.

Das Ganze basiert auf einem gesellschaftspolitischen Ansatz, der seit Langem für die Linke typisch ist. Der Staat habe mit allen Mitteln für mehr Chancen-Gleichheit zu sorgen, da jeder Mensch an sich gleich sei. Nur die Besitzes-Verhältnisse und die Umwelt würden für soziale Ungerechtigkeit sorgen. Dazu schrieb der noch Bun-

desrat Moritz Leuenberger (Zitat): *Bildung macht, dass der Mensch nicht länger ist, als was er geboren war.*

Die Folgen – mit der integrierten Schule – der sogenannten Regelschule für die verschieden begabten Kinder und die Lehrkräfte sind allzu bekannt, als dass darüber noch Worte verloren werden sollten.

Für den Autor dieses Aufsatzes mit reicher Lebenserfahrung bleibt die begründete Hoffnung, dass sich der Unsinn, genannt Gender-Mainstreaming, von selbst zu Tode laufen werde. Schade nur für die unzähligen Opfer, die am Wegrand liegen bleiben. Unschuldige Kinder, gutwillige Frauen und Mütter; frustrierte Väter haben die Rechnung zu begleichen.

Leserbrief

Wie schützen wir unsere CH-Werte?

Immer wieder lese und höre ich, dass wir unsere christlich geprägten Schweizer Werte gegen fremde Einflüsse schützen müssten. Kann man Werte und Traditionen aber mit Verbots schützen? Nein, man muss sie leben. Jodlerchörli und Trachtengruppen kann man auch nicht schützen, indem man die deutsche Volksmusik, Lederhosen usw., verbietet. Wer die Jodlerchörli schützen will muss mitjodeln und die Tradition leben. Genauso müssen wir auch unsere christlich geprägten Werte schützen.

Um mit Anstand und Respekt Menschen mit anderen Ansichten und Kulturen zu begegnen, muss man jedoch nicht religiös sein. Aber nur wer Respekt entgegenbringt, kann und darf auch Respekt fordern. Die Schweiz, mit ihren 26 Kantonen, besteht aus Minderheiten. Durch den Ständerat werden diese geschützt vor Mehrheiten im Nationalrat.

Unsere Verfassung schützt mit dem Grundrecht, Recht auf Rechtsgleichheit, auch Minderheiten in der Bevölkerung. Leider sind vor dem Gesetz nicht mehr alle gleich: Schweizer Muslime dürfen keine Minarette mehr bauen. Alle andern religiösen Bauten sind jedoch gestattet. Das Stimmvolk hat so entschieden und ein Grundrecht, das auf Rechtsgleichheit, verletzt. Würde der Bau aller Türme aus religiösen oder kulturellen Gründen verboten, würde unsere Verfassung nicht verletzt und ich hätte mit einem solchen Volksentscheid, aus Verfassungsgründen, keine Mühe!

Die Verfassung ist zu wertvoll um damit Denkkzettel und Warnungen zu verteilen. Ein Baugesetz darf nicht über einem Grundgesetz stehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wer unser Land liebt, schützt auch unsere Verfassung!

Ich gehöre keiner religiösen Gemeinschaft oder einer Partei an. Ich bin aber Schweizer und Demokrat und möchte mich für mein Land nicht schämen müssen!

*Edi Maurer, CABAREDI, Zürich,
edi.maurer@cabaredi.ch*

Anmerkung: Die SD-Redaktion teilt diese Meinung nicht ganz und zitiert auszugsweise nachfolgend aus dem «Tagesanzeiger» vom 16.08.10 die bekannte Muslimin Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam, zum Thema «Ja zum Kopftuchverbot an Schulen».

Lasst die Kinder Kinder sein!

Es geht nicht um eine Kleidervorschrift, sondern um eine Massnahme gegen den immer sichtbarer werdenden Islam in der Schweiz. Eine Massnahme, die auch die Religionsfreiheit einschränkt. Verständlich also, dass viele freiheitsliebende Schweizerinnen und Schweizer darob (der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen empfiehlt den Schulen, Kopfbedeckungen zu verbieten) hörbar aufgeschrien haben.

Der Koran verlangt kein Kopftuch

Der Koran, die einzige verbindliche Quelle für Muslime, verlangt auch bei einer wortwörtlichen Lesart kein Kopftuch für die Frau. Er empfiehlt den Frauen lediglich, ihre Brust zu bedecken. Eine Empfehlung, die auch zu unserer Gesellschaft in der Schweiz ja passt. Das Kopftuch für erwachsene Frauen hat allerdings eine Tradition, die bis zur Antike zurückverfolgt werden kann. Traditionen sind aber nicht religiöse Vorschriften und müssen unter dem Titel «Religionsfreiheit» deshalb nicht vorbehaltlos geschützt werden...



La gauche, bouclier du libéralisme

Entre le 26 juin et le 2 juillet 2010, quelque 150 «sans-papiers» (euphémisme politiquement correct pour désigner les personnes séjournant en toute illégalité en Suisse) et leurs sympathisants ont occupé le parc de la Kleine Schanze, situé à quelques pas du Palais fédéral à Berne, pour demander une régularisation collective. Difficile de faire mieux comme défi aux autorités. Qu'ont fait celles-ci? Comment souvent dans ce genre de situations: pas grand-chose. Les clandestins ne furent pas inquiétés et purent profiter de la météo clémente de ces jours. Nous laisserons ici de côté la question de savoir ce qu'il faut penser d'un Etat qui rechigne à appliquer ses propres lois, qui laisse filer une occasion de réaliser un grand coup de filet et d'envoyer un message clair aux candidats à l'immigration illégale. De même, nous n'évoquerons qu'en passant la gifle que représenteront, pour les immigrés respectueux des lois, toute mansuétude envers les «sans-papiers». Un autre sujet nous intéresse dans le cadre du présent texte.

Dérégulation de droite, dérégulation de gauche

Le campement des clandestins et de leurs sympathisants, issus des rangs de la gauche, était orné de banderoles aux slogans aussi explicites que «On veut des régularisations» et «No border – No nation – Stop deportation!» (traduction: Pas de frontière – Pas de nation – Halte aux renvois!). Ce dernier slogan est à rapprocher du slogan officiel du mouvement des «sans-papiers»: «Kein Mensch ist illegal», soit «Aucun être humain n'est illégal». Pour les défenseurs de la cause des «sans-papiers», il ne devrait pas y avoir de restrictions au droit de séjour, tout être humain devrait pouvoir entrer comme bon lui semble dans le pays de son choix. On bute là sur un paradoxe, dans la mesure où les militants de gauche qui réclament la libéralisation de l'immigration sont souvent féroce-ment opposés à la libéralisation économique. Or la première procède de la seconde. La gauche est-elle incohérente? Pas le moins du monde, comme le montre un coup

d'œil aux fondamentaux de la gauche et de la droite libérale.

Gauche et droite, même combat

Qu'est-ce qui distingue aujourd'hui la gauche de la droite libérale? Peu de choses à vrai dire: elles condamnent toutes deux le nationalisme et le protectionnisme, veulent la disparition des frontières, encouragent la libre circulation des personnes (et des capitaux pour la droite) et appellent de leurs vœux l'émergence d'une société mondialisée. Nouveau paradoxe: la gauche passe généralement pour opposée à la mondialisation. Rien n'est plus faux. La gauche s'oppose à la version libérale de la mondialisation, mais ne remet pas en question l'idée de mondialisation. Elle souhaite une autre mondialisation, raison pour laquelle depuis plusieurs années les opposants de gauche à la mondialisation libérale ne se désignent plus comme antimondialistes, mais comme altermondialistes.

Si la droite libérale et la gauche sont toutes deux mondialistes, quelles différences réelles peut-il encore y avoir entre elles? Fort peu. Les taux d'imposition, la protection des salariés et le montant des allocations sociales semblent être les seules vraies pommes de discorde. Pour importantes que soient ces questions, elles n'en constituent pas moins de simples nuances de la pensée mondialiste. Dans ces conditions, il permet de dire que la gauche et la droite libérale ne sont que les deux faces d'une même pièce.

L'antiracisme fait le jeu des milieux économiques

La prétention de la gauche de représenter une alternative crédible au libéralisme économique relève de la mystification. En réalité, la gauche s'avère même être le bouclier du libéralisme.

La droite libérale soutient l'immigration d'une part pour disposer d'une main-d'œuvre abondante et faire pression sur les salaires, d'autre part pour compenser le vieillissement de la population indigène et assurer le financement des assurances sociales. La gauche souhaite de même sauver les assurances so-



ciales, mais entend également défendre les travailleurs étrangers contre l'exploitation par les milieux économiques et contre les réflexes protectionnistes des travailleurs suisses inquiets pour leur emploi. Ce dernier point n'est pas sans provoquer des grincements de dents chez les salariés suisses, mais rares sont ceux qui osent exprimer leur mécontentement, par peur d'être cloués au pilori pour xénophobie.

L'antiracisme de la gauche fait objectivement le jeu des milieux économiques, qui peuvent continuer d'importer à tour de bras de la main-d'œuvre étrangère. Les milieux économiques sont pour ainsi

dire assurés du soutien de la gauche en cas d'offensive nationaliste contre la libre circulation des personnes. Il est probable que la gauche joue un peu contre son gré ce rôle de bouclier du libéralisme, mais elle peut difficilement faire autrement dans la mesure où elle partage plusieurs présupposés philosophiques avec lui: matérialisme, égalitarisme et universalisme. La gauche et les milieux économiques font mine de s'entendre comme chien et chat, mais les convergences réelles sont bien plus profondes qu'il y paraît. Ne nous laissons pas abuser.

Jan Mahnert est un auteur indépendant

Votation du 26 septembre

Les Démocrates Suisses (DS) disent non à la loi sur le chômage, au moment où la pression frontalière est trop forte

Les DS ont pris position sur la votation soumise au peuple le 26 septembre prochain.

Les DS invitent les électeurs à voter: NON à la loi fédérale sur le chômage (LACI) à l'unanimité, moins une abstention.

La 4e révision de la Loi sur l'assurance chômage (LACI) prévoit un ensemble de mesure en défaveur des assurés. Les remboursements seront réduits: passage de 400 à 200 indemnités pour les moins de 25 ans, 520 indemnités journalières pour les plus de 55 ans après 24 mois de cotisation au lieu de 18. Et

il sera impossible d'augmenter de 400 à 520 jours la durée d'indemnisation pour les cantons touchés par le chômage, ce pour quoi les députés MCG s'étaient battus avec succès au Grand Conseil en contraignant le conseiller d'Etat Longchamp à soutenir les chômeurs.

Au moment où l'afflux de frontaliers crée de nombreux chômeurs artificiellement, à l'heure où 60 milliards ont été trouvés pour sauver une grande banque, cette révision est fortement critiquée par les délégués de l'assemblée du MCG.

Allocution de Michel Dupont, tenue à l'occasion de la Fête du 1er août 2010 des DS à Näfels

*Chers compatriotes,
Chers Démocrates Suisses,
Chers participants,*

Tout d'abord, je tiens à vous rappeler que si la Fête nationale est un jour férié dans toute la Suisse, c'est grâce aux Démocrates Suisses, qui ont lancé une initiative à cet effet. Cette initiative est l'initiative qui, de toutes les initiatives lancées dans notre pays, a recueilli le plus de oui.

La Fête nationale commence traditionnellement, dans les communes vaudoises, par la lecture du Pacte fédéral, en allemand «Bundesbrief».

Nous sommes en 1291, la Confédération naissait, puis elle s'agrandit. Pour être maître chez soi, il a fallu en payer le prix: pensons à la bataille de Näfels en 1388, dont nous allons visiter le monument commémoratif.

Suite aux guerres de Bourgogne, la Confédération entre dans une crise grave. Grâce à l'intervention de Nicolas de Flüe, père spirituel de la Suisse, la crise est surmontée à Stans en 1481. Nicolas de Flüe nous donne deux maximes pour la conduite de la Confédération: «Machend den zun nit zu wit [...] beladent üch nit mit frembder Sachen.» En français: «Ne repoussez pas la frontière trop loin [...] ne vous embarrassez pas des affaires d'autrui.» Oubliant ces sages maximes, la Confédération se lance dans une politique d'expansion qui suscite la réaction des puissances européennes. S'ensuit la défaite de Marignan en 1515.

Puis vint la Réforme qui ébranla l'Europe. La Suisse parvint à surmonter cette période de troubles avec peine.

En 1789 éclate la Révolution française et commence pour la Confédération une période de troubles; la Suisse devient un champ de batailles des puissances européennes. C'est l'Helvetia, l'Acte de Médiation. Napoléon est défait, arrive la Restauration. Suite au Traité de Vienne, le 20 novembre 1815, est instituée la neutralité perpétuelle de la Suisse. C'est une bénédiction pour un petit Etat comme la Suisse. A l'intérieur de la Confédération, la situation est loin d'être calmée, c'est le Sonderbund. Il fallut attendre 1848 pour que la Suisse soit dotée d'une nouvelle Constitution, révisée en 1871. En 1914, l'Europe est à nouveau en guerre, la Suisse mobilise et défend ses

frontières (Les Rangiers). En 1917 éclate en Russie la Révolution bolchévique; certains pensent à établir en Suisse une République socialiste, c'est le Comité d'Olten, la grève générale. C'est un échec. A la lutte des classes, la Suisse choisit la paix du travail; nous pouvons en être fiers. De plus, la Suisse renonce à toute ambition coloniale. En 1939 éclate la Seconde Guerre mondiale. Un homme providentiel, le Général Guisan, incarne la volonté de la Suisse de rester maître chez elle. Notre journal a rendu un hommage à notre Général pour la commémoration des 50 ans écoulés depuis son enterrement.

Après la guerre, l'économie connaît une période de croissance. On construit de grands barrages et des autoroutes. Les milieux économiques réclament de la main-d'œuvre étrangère. D'un pays d'émigration, la Suisse devint un pays d'immigration. Les promesses du Conseil fédéral pour limiter l'afflux de travailleurs étrangers ne sont pas tenues. James Schwarzenbach lance une initiative pour limiter la population étrangère et fonde un parti dont nous sommes issus. Dans les années 80, le Conseil fédéral et la classe politique opèrent un virage à 180 degrés dans la politique extérieure de la Suisse.

Le Conseil fédéral dépose une demande d'adhésion à l'Union européenne (UE) et signe un accord d'adhésion à l'Espace économique européen (EEE). Une campagne inouïe est entreprise en faveur de l'accord. Tous les journaux importants du pays recommandent le oui. La Suisse résiste. Par la suite, une initiative est lancée par les pro-européens pour entamer immédiatement des négociations en vue de l'adhésion. L'initiative est nettement refusée.

Le Conseil fédéral choisit la voie des accords bilatéraux. Ces accords sont inacceptables pour les Démocrates Suisses, car la Suisse renonce ainsi à sa souveraineté sur des questions aussi importantes que le contrôle de l'immigration et le transit des marchandises sur notre sol national. Nous avons combattu les accords bilatéraux I et II, l'extension de la libre circulation aux pays de l'Est, hélas sans succès.

L'enjeu actuel est le maintien de notre souveraineté chèrement acquise et défendue. Le défi pour notre génération est d'empêcher que la Suisse se dissolve dans l'UE, puis

dans un espace globalisé (one world). Notre programme est clair sur ce point.

L'histoire nous enseigne que lorsque la Suisse s'est écartée des maximes de Nicolas de Flüe, elle en a payé le prix fort; lorsqu'elle les a observées, elle a été épargnée des vicissitudes de l'histoire.

L'UE représente tout ce que nous ne voulons pas: des juges étrangers, des directives imposées par

d'autres puissances. Bruxelles n'agit pas dans l'intérêt des peuples mais contre ceux-ci. Les peuples n'ont qu'un choix: accepter ce que Bruxelles a décidé.

Les Démocrates Suisses sont le seul parti qui n'a jamais fait de concessions et de volte-face.

Aidez-nous et la situation suivante deviendra réalité: l'euro passera, l'Union européenne passera, la Suisse restera.

Genève zone sinistrée

Où s'arrêtera l'invasion frontalière?

Pendant le premier semestre 2010, 1300 permis frontaliers ont été attribués: trois fois plus qu'en 2009.

Cette politique d'ultra-concurrence à tout crin est cautionnée par tous les partis (de gauche et de droite) et par tous les syndicats (patronaux et ouvriers collaborant main dans la main) sauf le MCG et le SEGE.

C'est officiel. Les chiffres des frontaliers explosent. Selon les statistiques de l'OCSTAT (Office cantonal de la statistique), cité par la «Tribune de Genève» (13 juillet 2010), le nombre de permis G a été de 1300 au premier semestre 2010 contre 440 pendant la même période de 2009. C'est un triplement de ce nombre, ce qui est insupportable au moment où il y a environ 15 000 chômeurs, sans compter un nombre impressionnant de sans-emploi.

Il s'agit d'une politique délibérée du Conseil d'Etat genevois qui ouvre les frontières et établit une concurrence sauvage. Les résidents genevois ne peuvent que se retrouver discriminés, car ils ne luttent plus à armes égales face à une concurrence effrénée de travailleurs venus de toute l'Europe.

Aujourd'hui, on se préoccupe des criminels et des petites frappes, alors que dans le même temps on criminalise les chômeurs, ce qui est inacceptable: les criminels l'ont choisi, ce qui n'est pas le cas de ceux qui ont perdu leur emploi! On accable les demandeurs d'emploi par des moyens coercitifs modernes, alors qu'ils subissent une concurrence scandaleuse due à l'irresponsabilité du Gouvernement qui



marche main dans la main avec un certain patronat irresponsable dans

une vision à court terme. Et dans le même temps, on laisse tomber les petites entreprises genevoises, qui, comme dans l'exemple du CEVA, vont se retrouver les dindons de la farce. Voilà à quoi ressemble le petit monde merveilleux du conseiller d'Etat, François Longchamp, et autres bobos locaux!

Empêchant le renouvellement des compétences, cette ouverture des frontières aura comme conséquence de détruire, à terme, le tissu micro-économique genevois. PME et employés vont se retrouver perdants de toute façon à ce petit jeu. Peu importe, Show must go on!

Les mesures mises en place par le Département solidarité emploi sont avant toute chose destinées à se déculpabiliser et à camoufler son échec. En effet, ce n'est pas en envoyant quelques lettres aux employeurs par un service fraîchement créé, que l'on traitera sérieusement ce problème! Nous avons affaire à une simple pirouette qui empêche de voir l'incapacité du département à traiter le problème en profondeur.

Les résidents genevois doivent cesser de se faire «niquer». Et comme disent les «djeunes»: «Yo»!

*Dominique Rolle
et François Baertschi*



Tolle JSD- und SD-1.-August-Feier in Näfels/GL

Eine sehr grosse Zahl von Mitgliedern und Sympathisanten traf sich zur diesjährigen 1.-August-Feier unserer Partei. Im bis auf den letzten Platz besetzten Hotel «National» konnten wir im Kreise von Gleichgesinnten den diesjährigen Bundesfeiertag miteinander verbringen. **Anwesend waren auch etwa 25 ganz junge Leute der Jungen SD.**

Bernhard Hess, unser Zentralsekretär, führte gekonnt durch die Feier. Nach dem Singen der Nationalhymne hob er unter anderem hervor, dass der Nationalfeiertag nur dank uns Schweizer Demokraten im ganzen Land ein anerkannter arbeitsfreier Feiertag ist. Im Übrigen wird unsere Partei im kommenden Jahr ihren 50. «Geburtstag» feiern dürfen.

In französischer Sprache begrüsst unser **Zentralvizepräsident Michel Dupont** alle Anwesenden und vor allem die immer aktiver in Erscheinung tretenden Waadtländer Freundinnen und Freunde. Du-

Auch der **Kabarettist Cabaredi** unterhielt die bunte Gästeschar mit träfen Sprüchen.

Unser **Zentralpräsident, Gemeinderat Ueli Brassler, Zürich,** hielt eine sehr unter die Haut gehende, politisch fundierte 1.-August-Rede. Mehrmals durfte er für seine



Michel Dupont, SD-Vizepräsident, richtete sich in französischer Sprache an die Versammelten.

Ausführungen grossen Applaus entgegennehmen. Er plädierte für eine nationale, ökologische und soziale Politik.



Ein Teil der 1. Augustfeier-Besucher bei prächtigem Sonnenschein vor dem Schlacht-Denkmal.



Grossrat, Dr. Dragan Najman (wild gestikulierend mit den Händen und in kurzen Hosen!) marschiert mit Gesinnungsfreunden zum Schlacht-Denkmal.



Ein älterer Teilnehmer im Gespräch mit dem früheren, langjährigen SD-ZP Rudolf Keller und dem derzeitigen ZP Ueli Brassler.

pont erinnerte daran, dass sich die Schweiz aus der EU heraushalten solle. **Rudolf Güntert** überbrachte den Anwesenden die besten Grüsse und Wünsche des **Alpenparlamentes.** Musikalisch wurde die Feier umrahmt von **Musig-Walti** aus Mollis, der mit seinen gekonnt vortragenen volkstümlichen Musikstücken für eine Auflockerung des Anlasses sorgte.

Nach einem guten Mittagessen spazierten diejenigen, die dies noch tun wollten, zum Schlacht-



JSD-Mitglieder nach getaner Arbeit in der schattigen Gartenwirtschaft.

denkmal von Näfels. Dorthin, wo 1388 die Eidgenossen die heranstürmenden Habsburger entscheidend militärisch geschlagen haben. Als Vertreter der Jungen Schweizer Demokraten erläuterte **Stefan Huber** die damalige militä-

rische Situation rund um die Schlacht bei Näfels. Und selbstverständlich ging der Obolus der obligaten Spendensammlung in die Kasse der JSD.

Vielen Dank an alle, die etwas Geld locker gemacht haben.

Alles in allem war dies eine hervorragend organisierte JSD/SD-1.-August-Feier, welche alte Freundschaften auffrischte und

neue Kontakte ermöglichte. Tief befriedigt traten am Spätnachmittag die Teilnehmenden ihren Heimweg bei prächtigem Sommerwetter wiederum in alle Himmelsrichtungen an!

Rudolf Keller



Musig-Walti aus Mollis in Aktion...



Monumentales Schlacht-Denkmal inmitten einer grossen, grünen Wiese.



Cabaredi «produzierte» nicht nur Lustiges, sondern auch viel Nachdenkliches.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

SD empfehlen NEIN zum Arbeitslosenversicherungsgesetz!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an seiner letzten Sitzung in Suhr einhellig beschlossen, für die Volksabstimmung vom 26. September 2010 die NEIN-Parole herauszugeben.

Vor allem ist bei der sogenannten Sanierungsvorlage störend, dass Manager und Abzocker mit hohem und höchstem Einkommen, die Millionen einstecken und teilweise gar für die grosse Zahl von Arbeitslosen mitverantwortlich sind, kaum zur Kasse gebeten werden. Es ist lächerlich, ja inakzeptabel, dass für Einkommensteile von mehr als 315 000 Franken nichts mehr bezahlt werden muss. Zudem stört es die Schweizer Demokraten, dass Taggelder von über 55-jährigen Arbeitslosen gekürzt werden. Hier handelt es sich um sehr

viele einheimische Arbeitslose, die keinerlei berufliche Perspektiven mehr haben. Dieses Gebaren ist absolut asozial und verwerflich. Zudem würde eine Annahme der Vorlage mehr Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler «produzieren», die von den Kantonen und Gemeinden zusätzlich unterstützt werden müssten. Man schätzt, dass es sich dabei um mindestens 100 Millionen Franken Zusatzkosten handelt, die wieder durch mehr Steuern kompensiert werden müssten. Zudem verlangen die SD, dass Arbeitslosengelder für nicht EU-Ausländer drastisch gekürzt werden, um Einsparungen in zigfacher Millionenhöhe vorzunehmen. Dies macht auch unser Land für ausländische Sozialschmarotzer und Profiteure weniger attraktiv.

NEIN zur Volkserpressung!

Im Grunde genommen handelt es sich um eine undemokratische, reine Erpressungsvorlage. Auf Seite 5 des Abstimmungsbüchleins erklärt der Bundesrat, dass er die Lohnabzüge von 2% auf 2,5% erhöhen werde, falls das Volk der Arbeitslosenversicherungsrevision nicht zustimmen werde. Das ist eine Erpressungs- und Mogelpackung erster Güte!

Schweizer Demokraten (SD),
Rudolf Keller,
e. Nationalrat, Frenkendorf

Nein zur asozialen bundesrätlichen Erpressungsvorlage und zu noch mehr Arbeitslosenversicherungsabzügen oder Steuern!



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

«Neuenburger Moslemfrau» als Winzerkönigin – sie trinkt keinen Alkohol!

sd. Der Winzerkönigin kommt die Aufgabe zu, für ihre Weinregion und den Wein allgemein zu werben. Natürlich und in unseren Augen selbstverständlich, trinkt auch sie mal ein Gläschen Wein. **Ausserkoren für diesen Ehrenplatz wurde diesmal eine muslimische Frau; auch die Zweit- und Dritt-**

platzierte war eine Muslimin. Offenbar sind unsere einheimischen Schönheiten für eine solche Misswahl nicht mehr gut genug! Alles muss exotisch sein... Weit haben wir's gebracht in unserem Lande! Die diesjährige Siegerin und damit Neuenburger Winzerkönigin hat den vielsagenden Namen **Raïssa.**

Sie darf als muslimische Frau allerdings keinen Alkohol trinken. Wie soll sie dann werben für den Neuenburger Wein?

Dies alles ist ernst gemeint... Und wenn es nicht zum Lachen ist, so doch zum Weinen! Die Neuenburger Verantwortlichen sollen sich schämen hierfür!

Spendenaufruf!

Kampffonds «Kriminelle Ausländer ausschaffen!»

Die Kriminalitätsstatistik 2009 zeigt eindrucksvoll auf, dass noch nie in der Geschichte der Schweiz unser Land von einer grösseren Anzahl Straftaten betroffen war als heute. Bei zahlreichen Delikten wie Raub, Erpressung, Nötigung und auch Vergewaltigung ist der überwiegende Teil der Täter ausländischer Herkunft. Am 28. November kommen deshalb sowohl die **Ausschaffungsinitiative** sowie auch der direkte **Ge-genvorschlag** des Parlaments vors Volk. Wir Schweizer Demokraten (SD) unterstützen beide Vorlagen und bereiten uns schon



jetzt auf einen äusserst engagierten Abstimmungskampf vor. Insbesondere planen wir, ein eigenes Flugblatt grossflächig zu verteilen. Dabei sind wir aber auf Ihre finan-

zielle Unterstützung angewiesen. Jeder gespendete Franken fliesst in unseren Kampffonds «Kriminelle Ausländer gehören ausgeschafft!». Für Ihre Spende danken wir bereits heute ganz herzlich!

Mit freundeidgenössischem
Gruss

Ueli Brassler, Gemeinderat,
Zürich, Zentralpräsident

Markus Borner, e. Grossrat,
Basel, Vizezentralpräsident

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
Bern, Zentralsekretär